

006



OEZA-Bericht 2006

*Regionen und
Schwerpunktländer*

Teil I

Österreichische
Entwicklungszusammenarbeit

Impressum

Herausgeber und Verleger:

Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten
Sektion VII – Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit
Minoritenplatz 8, 1014 Wien, Österreich
Tel.: +43 (0)501150-4454
Fax: +43 (0)501159-4454
abtvii4@bmaa.gv.at
www.aussenministerium.at/oeza

Dieser OEZA-Bericht wurde erstellt von:

- Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten,
Sektion Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit
- Austrian Development Agency

Fotos: Informationen zu Copyrights beim Informationsbüro der
Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, oeza.info@ada.gv.at

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	2
Geleitwort	3
Zum Bericht	4
ENTWICKLUNGSPOLITIK 2006	5
EU-Vorsitz Österreichs in der Entwicklungspolitik	5
Handel für Entwicklung	5
Politikkohärenz für Entwicklung	5
Höhere Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit	6
Meilensteine	6
REGIONEN UND SCHWERPUNKTLÄNDER	
Schwerpunktregion Zentralamerika	11
Nicaragua	12
Schwerpunktregion Westafrika	17
Kap Verde	18
Burkina Faso	22
Schwerpunktregion Ostafrika	27
Äthiopien	28
Uganda	32
Schwerpunktregion Südliches Afrika	37
Mosambik	38
Schwerpunktregion Himalaya-Hindukusch	42
Bhutan	44
Palästinensische Gebiete	48
Schwerpunktregion Südosteuropa/Westbalkan	53
Albanien	54
Bosnien und Herzegowina	58
Mazedonien	62
Serbien (inkl. Kosovo)	66
Moldau	70
Montenegro	74
Schwerpunktregion Südkaukasus	79

Abkürzungsverzeichnis

ADA	Austrian Development Agency
AKP	Gruppe der afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BMLFUW	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasser
BNE	Bruttonationaleinkommen
DAC	<i>Development Assistance Committee</i> der <i>OECD</i> , Entwicklungshilfesausschuss
ECOWAS	<i>Economic Community of West African States</i> , Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft
ERP	<i>European Recovery Program</i>
EU	Europäische Union
EZA	Entwicklungszusammenarbeit
IDA	<i>International Development Association</i> , Internationale Entwicklungsorganisation (Weltbankgruppe)
IDB	<i>Inter-American Development Bank</i> , Interamerikanische Entwicklungsbank
IFI	<i>International Finance Institution</i> , internationale Finanzinstitution (Weltbankgruppe)
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
NRO	Nichtregierungsorganisation
ODA	<i>Official Development Assistance</i> , öffentliche Entwicklungshilfeleistungen
OECD	<i>Organisation for Economic Co-operation and Development</i> , Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OEZA	Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit
UNDP	<i>United Nations Development Programme</i> , Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen
UNESCO	<i>United Nations Educational, Scientific and Cultural Organisation</i> Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur
UNRWA	<i>United Nations Relief and Works Agency</i> , Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten
VN	Vereinte Nationen
USD	US-Dollar

Geleitwort

Das Jahr 2006 stand unter dem Zeichen des EU-Vorsitzes Österreichs, aber auch großer politischer Umwälzungen in den Schwerpunktländern der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit – ich denke hier besonders an die Unabhängigkeitserklärung Montenegros oder die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in Uganda.

Gleichzeitig haben wir 2006 damit begonnen, die im Jahr zuvor verabschiedete Pariser Erklärung über EZA-Wirksamkeit umzusetzen. Mit einer Medizin-Klinik in Ostjerusalem, der ökologischen Nutzung von Weideland in den Bergregionen des Himalaya/Hindukusch, Solar-Energie für Thimphu/Bhutan, einem Betreuungszentrum für ehemalige Kindersoldaten in Norduganda oder sauberem Trinkwasser für Shkodra/Albanien hat die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele geleistet.

Dr. Ursula Plassnik
Bundesministerin für europäische und internationale Angelegenheiten

Zum Bericht

Dieser Jahresbericht zeigt im Teil I **„Regionen und Schwerpunktländer“** auf, welche regionalen Programme und Länder Österreich 2006 bei der Umsetzung von Entwicklungsstrategien unterstützt hat. Die Herausforderungen in der Zusammenarbeit zwischen Österreich und den Partnerländern werden dargestellt und Entwicklungen in ausgewählten Bereichen der Kooperation näher beschrieben. Komplementarität und Kohärenz mit den Aktivitäten anderer internationaler Geber nehmen dabei eine immer bedeutendere Rolle ein.

Der Teil II **„Öffentliche Entwicklungshilfeleistungen in Zahlen“** bietet einen umfassenden Überblick über die Zusammensetzung, die geografische und thematische Verteilung der Mittel sowie über deren Herkunft und Umsetzungsstruktur. Die Zahlen spiegeln auch die breite Mitwirkung Österreichs an der Entwicklungszusammenarbeit der multilateralen Organisationen – Europäische Union, Vereinte Nationen und Internationale Finanzinstitutionen – wider.

Entwicklungspolitik 2006

EU-Vorsitz Österreichs in der Entwicklungspolitik

2005 wurden mit der EU-Afrikastrategie und dem Europäischen Konsensus über Entwicklungspolitik wichtige Weichenstellungen getroffen. 2006 galt es, diese Entscheidungen praktisch umzusetzen. Der österreichische EU-Ratsvorsitz im ersten Halbjahr stand ganz in diesem Zeichen.

Mit dem Europäischen Parlament konnte eine politische Grundsatzvereinbarung über die zukünftige Ausgestaltung und Vereinfachung der EU-Entwicklungsinstrumente herbeigeführt werden. Statt über 20 Außenfinanzierungsinstrumenten wie bisher wird es im Entwicklungsbereich neben dem Europäischen Entwicklungsfonds nur mehr die beiden Fenster „Entwicklungszusammenarbeit“ und „Förderung der Demokratie und der Menschenrechte“ geben. Daneben gibt es die EU-Nachbarschaftsinstrumente, die in der Schwerpunktregion Südosteuropa zum Tragen kommen.

Ebenfalls unter österreichischem Vorsitz wurde anlässlich des AKP-EU Ministerrats in Papua Neuguinea (Port Moresby; 2. Juni) die Höhe des 10. Europäischen Entwicklungsfonds festgelegt. Die EU wird den AKP-Staaten im Zeitraum 2008–2013 inklusive der Mittel der Europäischen Investitionsbank insgesamt 24,712 Milliarden Euro zu Verfügung stellen.

Ein weiterer großer Fortschritt im Bereich der Koordinierung zwischen den EU-Partnern konnte durch Annahme eines gemeinsamen Rahmens für Länderstrategiepapiere erzielt werden. Die 2005 gemachten Zusagen des Europäischen Rats zur Steigerung der entwicklungspolitischen Kohärenz wurden 2006 in konkrete Arbeitspläne gegossen und EU-Politiken für die Regionen Pazifik und Karibik ausgearbeitet. Im Rahmen der Umsetzung des Europäischen Konsensus und der EU-Afrikastrategie wurden die Details einer globalen *Governance Initiative* der EU und einer EU-Afrika-Infrastrukturpartnerschaft festgelegt.

Handel für Entwicklung

Anlässlich der Verhandlungen der Europäischen Kommission mit den AKP-Staaten zur Ausarbeitung von Wirtschaftspartnerschaftsabkommen bestand Österreich gemeinsam mit anderen EU-Mitgliedstaaten auf deren Rolle als Entwicklungsinstrument. Zur Unterstützung der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen kommen *Aid for Trade*-Maßnahmen besondere Bedeutung zu. Die EU bestätigte ihre Zusage über die Anhebung der jährlichen handelsbezogenen Entwicklungszahlungen bis 2010 auf 2 Milliarden Euro pro Jahr.

Politikkohärenz für Entwicklung

Einen besonderen Schwerpunkt legte die OEZA darauf, die Entwicklungspolitik mit anderen Politiken, die Entwicklungsländer berühren, kohärent zu gestalten. Effizienzverluste und Synergien durch das Nebeneinander von Außenpolitik, Umweltpolitik, Handelspolitik, Sicherheitspolitik etc. konnten so einer systematischen Analyse unterzogen werden. Auf österreichische Initiative erarbeitete die EU 2006 ein Arbeitsprogramm und Ratsschlussfolgerungen.

Höhere Wirksamkeit

Voraussetzungen für eine höhere Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit sind Eigenverantwortung, Harmonisierung der Geberstrategien, Anpassung an die Systeme der Partner, Ergebnisorientierung sowie Verantwortlichkeit und Rechenschaftspflicht von Partnerländern und Gebern. Diese Grundsätze wurden am 2. März 2005 in der Pariser Erklärung über Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit angenommen und befanden sich 2006 in einer ersten Phase der Umsetzung. Auf Basis internationaler Standards soll ein effektiveres *Aid-Management* aufgebaut werden. Die OEZA förderte den Bereich *Good Governance* und Demokratisierung, der eine Beteiligung am eigenen Entwicklungsprozess ermöglichen soll.

2006 wurde ein entsprechender OEZA-Aktionsplan verabschiedet. Ziel ist eine stärkere Einbindung der Koordinationsbüros in den Geberprozess vor Ort, die Einbeziehung von nationalen Parlamenten und der Zivilgesellschaft in Entwicklungspläne sowie verstärktes Engagement in den Vereinten Nationen. Eine konkrete politische Konsolidierung der Prozesse in den Partnerländern soll eingeleitet und die Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen wie dem DAC der OECD und UNDP vertieft werden.

Einen besonderen internationalen Erfolg konnte die OEZA anlässlich des EU-Lateinamerika-Gipfels verbuchen, in dessen Rahmen ein gemeinsamer Aktionsplan für eine höhere Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit für die zentralamerikanische Region beschlossen wurde.

Meilensteine

■ 23.1. Konferenz: Europäische Energiepolitik für nachhaltige Entwicklung

Nachhaltige Energieversorgung zählt zu den großen Herausforderungen der internationalen Politik. Rund 2,4 Milliarden Menschen sind derzeit vom Zugang zu moderner Energieversorgung ausgeschlossen. Vor diesem Hintergrund diskutierten bei der Fachkonferenz „Energie in der Entwicklungszusammenarbeit“ in Wien hochrangige BeamtInnen aus EU-Mitgliedstaaten sowie ExpertInnen der Europäischen Kommission und internationaler Organisationen. Der Generalsekretär des Außenministeriums, Johannes Kyrle, und Botschafterin Irene Freudenschuss-Reichl, Leiterin der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, eröffneten die Tagung.

■ 24.1. Österreich und Slowakei: Gemeinsam im Kampf gegen Armut

Der slowakische Staatssekretär im Außenministerium, József Berényi, und der Geschäftsführer der Austrian Development Agency, Botschafter Michael Linhart, unterzeichneten ein *Memorandum of Understanding* über eine Kooperation zwischen Österreich und der Slowakei. Im Mittelpunkt der neuen Partnerschaft steht der gemeinsame Einsatz beider Staaten gegen Armut, für die Sicherung der Menschenrechte und für Wirtschaftsaufbau in Entwicklungsländern. Um diese Ziele zu erreichen, werden in den nächsten drei Jahren Entwicklungsprojekte im Umfang von jeweils 1,5 Millionen Euro in gemeinsamen Schwerpunktregionen kofinanziert.

■ 3.3. Call for Proposals: Den Teufelskreis des Frauenhandels durchbrechen

Rund 500.000 Menschen – die meisten davon Frauen und Mädchen – werden nach Schätzungen der Internationalen Organisation für Migration jedes Jahr als „Ware“ über Grenzen in Europa gehandelt. Für das organisierte Verbrechen zählt der Frauenhandel zu den größten Einnahmequellen. Mit einem *Call for Proposals* rief die OEZA Organisationen in Südosteuropa und in Österreich auf, Projektvorschläge für den Kampf gegen den Frauenhandel einzureichen. Sechs Projekte aus den Schwerpunktländern der Österreichischen Ostzusammenarbeit wurden zur Umsetzung ausgewählt.

■ 6./7. 4. Public Meeting und internationales Symposium: Building Peace –

Empowering Women, Gender Strategies to make UN Security Council Resolution 1325 work

Die Situation von Frauen in Konflikt- und Krisenregionen zu verbessern sowie der Schutz von Frauen vor Gewalt sind besonders wichtige Anliegen Österreichs. Die Umsetzung der UN-

Sicherheitsratsresolution 1325 soll die Einbindung von Frauen und ihren Anliegen in alle Phasen eines Friedensprozesses gewährleisten. Auf Einladung der OEZA trafen Politikerinnen und ExpertInnen im Wiener Museumsquartier zu einem Meinungsaustausch zusammen und diskutierten über ihre Erfahrungen und Zugänge zu dem Thema.

■ 10.5. Hochrangiges Forum über Harmonisierung und Anpassung tagt in Wien

Im Vorfeld des EU-Lateinamerika-Gipfels diskutierten hochrangige VertreterInnen für Entwicklungszusammenarbeit aus sieben Ländern Zentralamerikas mit VertreterInnen der EU und internationalen Gebern über neue Ansätze der zentralamerikanischen Staaten zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Region und der Stärkung der Entwicklungszusammenarbeit. Mit besonderem Blick auf Harmonisierung und Anpassung sollen die Entwicklungsstrategien der Partnerländer gefördert, die Leistungen und Abwicklungsverfahren der Geberländer besser aufeinander abgestimmt und vereinfacht werden.

■ 12.6. Österreich erkennt die Republik Montenegro als „unabhängiges und souveränes Mitglied der Staatengemeinschaft“ an

Mit der Anerkennung Montenegros begrüßt Österreich ein neues, eigenständiges Schwerpunktland der OEZA in der Schwerpunktregion Westbalkan.

■ 27.6. Fachveranstaltung: Wüste bekämpfen – Frieden sichern

Anlässlich des von den Vereinten Nationen ausgerufenen „Jahrs der Wüsten und Wüstenbildung“ lud die OEZA zu einer hochkarätig besetzten Fachveranstaltung in die Wiener Hauptbücherei ein. Internationale ExpertInnen diskutierten Zusammenhänge zwischen Umweltschutz, Konflikt und globaler Verantwortung. Parallel zu dieser Veranstaltung wurde die Ausstellung „Umwelt zwischen Konflikt und Kooperation“ gezeigt.

■ 17.7. Österreich tritt der Private Infrastructure Development Group bei

Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit beteiligt sich an der *Private Infrastructure Development Group* in den kommenden vier Jahren mit 7,5 Millionen Euro. Damit sollen private Investitionen im Infrastrukturbereich mobilisiert und ein wesentlicher Beitrag zu Wachstum und Armutsminderung in Afrika und Asien geleistet werden.

■ 28.9. Soforthilfe aus Österreich für Überschwemmungsoffer in Äthiopien

Nach heftigen Regenfällen im Juli und August wurden weite Teile Äthiopiens überflutet, rund 38.000 Menschen verloren ihre Existenzgrundlage. Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit stellte 200.000 Euro zur Soforthilfe bereit, die in der Region Amhara eingesetzt wurden, eine Region, in der die OEZA seit Jahren Projekte zur ländlichen Entwicklung und Ernährungssicherung durchführt.

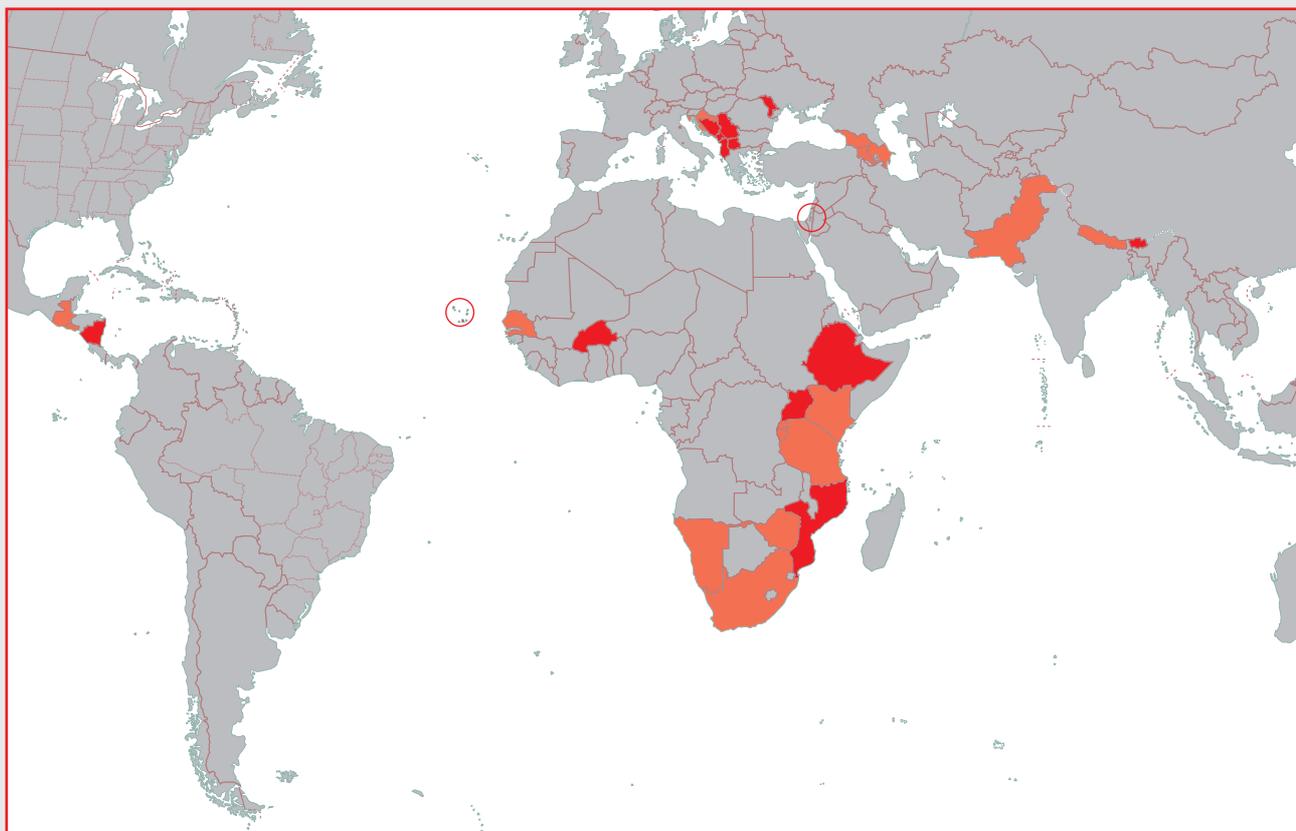
■ 13.–17.11. „European Development Days“ stärken Dialog und Kooperation für nachhaltige Entwicklung

Auf Initiative der Europäischen Kommission fanden in Brüssel erstmals die *European Development Days* statt. Im Zentrum des Geschehens stand Afrika als Schwerpunktregion der EU-Entwicklungszusammenarbeit. Zahlreiche Staats- und Regierungschefs aus Afrika trafen mit hochrangigen VertreterInnen aus Politik und Wirtschaft zusammen, um über Strategien wirkungsvoller Entwicklungszusammenarbeit zu diskutieren. Österreich war mit entwicklungspolitischen ExpertInnen und einem Informationsstand der OEZA zu den Themen *Good Governance* sowie Wasser und Siedlungshygiene vertreten.

■ 29.11.–1.12. Global Forum on Sustainable Energy

Auf der Konferenz *Africa is energizing itself*, die von der OEZA, dem BMLFUW und der Österreichischen Energieagentur in Wien organisiert wurde, diskutierten rund 200 ExpertInnen die Wege zu einer nachhaltigen Energieversorgung Afrikas. Schwerpunkte bildeten regional angepasste Energielösungen, innovative Finanzierungsmethoden und das Potenzial von Biotreibstoffen und Wasserkraft zur Verbesserung der Lebens- und Umweltbedingungen der Bevölkerung.

Regionen und Schwerpunktländer



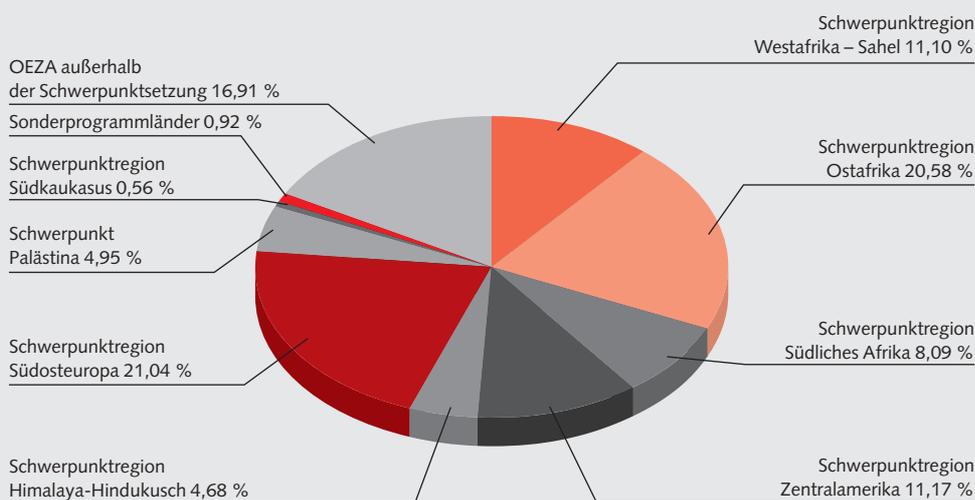


In den letzten Jahren hat die OEZA mit der Formulierung und Umsetzung von Regionalprogrammen begonnen. Es geht dabei um die Unterstützung der Entwicklung einer gesamten Region und damit wesentlich auch um deren politische, wirtschaftliche und soziale Integration. Als inhaltliche Schwerpunkte werden Themen definiert, die in einer Region länderübergreifende Relevanz haben. Im Rahmen eines Regionalprogramms werden insbesondere Entwicklungsprobleme angesprochen, die nur länderübergreifend gelöst werden können oder bei denen eine regionale Herangehensweise einen zusätzlichen Nutzen bringt.

Die Bedingungen für die Erarbeitung und Umsetzung der Regionalprogramme sind regionspezifisch sehr unterschiedlich. Die zentrale Herausforderung besteht darin, geeignete Partnerinstitutionen zu finden, die über ausreichende Kapazität verfügen, um auf regionaler Ebene Wirksamkeit erzielen zu können. Die OEZA unterstützt solche Institutionen und Organisationen durch Kapazitätsaufbau und -stärkung.

Geschlechtergleichstellung, Umweltschutz und Menschenrechte sind dabei Querschnittsmaterien, die systematisch bei jeder Entscheidung berücksichtigt werden.

VERTEILUNG DER OEZA NACH SCHWERPUNKTREGIONEN 2006







Schwerpunktregion Zentralamerika

In Zentralamerika steht im Rahmen des sozialen und wirtschaftlichen Integrationsprozesses die Armutsminderung und Unterstützung benachteiligter Bevölkerungsgruppen – ethnischer Minderheiten, der indigenen Bevölkerung sowie wirtschaftlich und sozial ausgegrenzter Randgruppen – im Vordergrund.

Während des österreichischen EU-Vorsitzes im ersten Halbjahr 2006 hat die OEZA durch eine Reihe von Veranstaltungen einen bi-regionalen Prozess initiiert. Vor allem bei der Lateinamerikakonferenz REAL 2006, die zwischen 24. und 26. April 2006 in Wien stattfand, nahmen zahlreiche namhafte ExpertInnen aus Lateinamerika und Europa unter großem Medieninteresse an *Workshops* zu Themen der regionalen Integration und sozialen Kohäsion teil.

Am 10. Mai 2006 trafen sich in Wien VertreterInnen der zentralamerikanischen Staaten, um mit Repräsentanten der Gebergemeinschaft über die bessere Koordinierung der Entwicklungszusammenarbeit in der Region Zentralamerika zu beraten.

NICARAGUA



Basisdaten

Unabhängigkeit:	Seit 1821 (von Spanien)
Staatsform:	Republik
Staatsoberhaupt:	Daniel Ortega Saavedra
Regierungschef:	Jaime Morales Carazo
Außenminister:	Samuel Santos López
Fläche*:	130.000 km ²
Bevölkerung**:	5,4 Mio.
Bevölkerungswachstum**:	2,5 %
Lebenserwartung**:	Frauen: 72,4 Jahre; Männer: 67,6 Jahre
Alphabetisierung**:	Frauen: 76,6 %; Männer: 76,8 %
HDI (Human Development Index)**:	0,698; 112. Stelle von 177
GDI (Gender-related Development Index)**:	0,648; 88. Stelle von 136
BIP*:	4,9 Mrd. USD
Jährliches Wachstum des BIP*:	4 %
BNE*:	4,9 Mrd. USD
BNE pro Kopf*:	950 USD
Armut**:	47,9 %
Bevölkerung mit Zugang zu sauberem Wasser**:	79 %

* Weltbank: World Development Indicators Database 2007

** UNDP: Human Development Report 2006



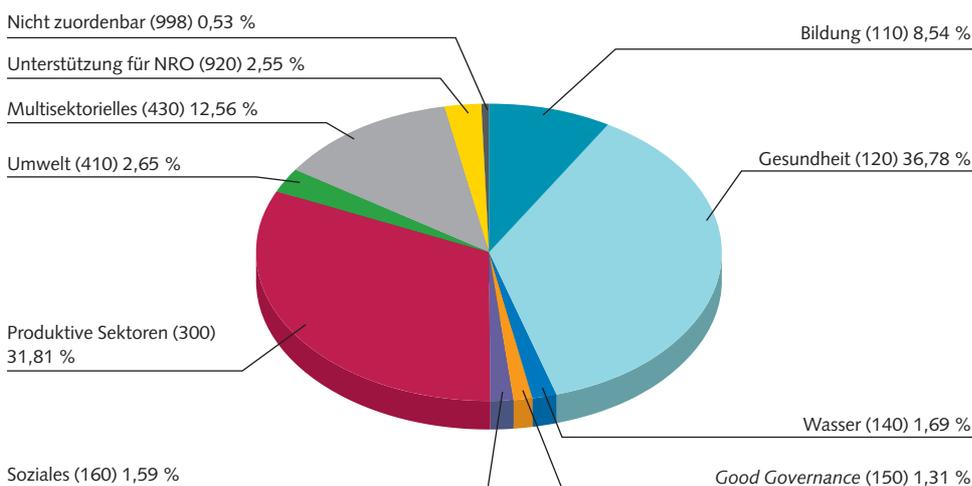
Entwicklungspolitik im Kontext

Die makroökonomische Entwicklung Nicaraguas wird mit einem Wirtschaftswachstum von 3,7 Prozent prinzipiell positiv eingeschätzt, die soziale Situation des Landes ist aber weiterhin aufgrund hoher Armuts- und Analphabetenzahlen, fehlender Ausbildungsmöglichkeiten und mangelnder Gesundheitsversorgung schwierig: Streiks und Energieunterversorgung stehen auf der Tagesordnung.

Die wichtigsten Ziele des nationalen Entwicklungsplans (2005–2009) sind Wirtschaftswachstum zur Armutsminderung, Entwicklung von Humankapital und sozialer Sicherheit sowie *Good Governance* und Staatsreform.

Schwerpunkte der Zusammenarbeit

- Förderung der ländlichen Entwicklung
- Privatsektorentwicklung, Förderung von Klein- und Mittelbetrieben
- Maßnahmen im sozialen Sektor (Fokus im Bereich Gesundheit und Bildung)



SEKTORIELLE VERTEILUNG DER OEZA AN NICARAGUA 2006

In „Produktive Sektoren“ sind im Falle Nicaraguas zum größten Teil Maßnahmen im Sektor „Industrie/Gewerbe“, aber auch „Tourismus“ und „Landwirtschaft“ enthalten.

Sektor Gesundheit

Ende 2002 begann das nicaraguanische Gesundheitsministerium, die inhaltlichen Grundlagen für eine sektorweite Strategie sowie für Sektorbudgethilfe im Gesundheitswesen vorzubereiten. Dazu zählen der nationale Gesundheitsplan 2004–2015 sowie der mittelfristige Fünfjahresplan 2005–2009. Schwerpunkte für den sektorweiten Ansatz sind u. a. ein Basisgesundheitspaket für die nicht versicherte Bevölkerung, der Ausbau der Gesundheitszentren auf dem Land sowie die Etablierung eigener Gesundheitsmodelle für die Atlantikregion. Der Beitrag der OEZA beträgt 2,5 Millionen Euro für die Jahre 2005 bis 2007; der Beitrag für 2006 belief sich auf 1 Million Euro.

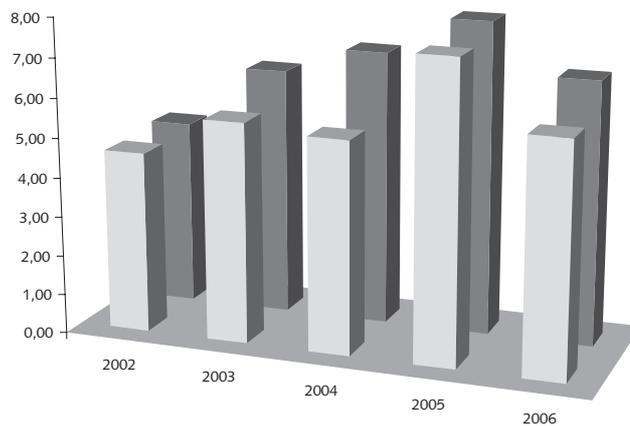
Zu den Erfolgen der letzten Jahre zählen u. a. eine weitere Reduzierung der Kindersterblichkeit um ca. 3 Prozent (2003–2006), eine Erhöhung der Krankenhausgeburten um 10 Prozent (2002–2005) und die Erhöhung der Vorsorgeuntersuchungen für schwangere Frauen um 4 Prozent (2002–2005).



Gesundheitsmodell der autonomen Atlantik-Region

In den Karibikregionen Nicaraguas unterstützt die OEZA die Umsetzung eines eigenen Gesundheitsmodells für die Nördliche Atlantikregion, das auf die konkreten sozio-kulturellen Bedingungen und den spezifischen Bedarf der lokalen, überwiegend indigenen und afro-karibischen Bevölkerung zugeschnitten ist. Das Modell umfasst gesundheitsfördernde Maßnahmen, Hygiene, gesunde Lebensweise sowie die Aus- und Fortbildung von medizinischem Personal und die Förderung der traditionellen Medizin. Die OEZA kooperiert mit der regionalen Verwaltung, mit der Universität der Karibikregionen und lokalen NRO. Gleichzeitig wird das Gesundheitsministerium dabei unterstützt, die geplante Dezentralisierung im Gesundheitssektor umzusetzen.

Die Ausbildung von 37 Krankenschwestern sowie die Fortbildung von weiteren Krankenschwestern, Hebammen und freiwilligen GesundheitspromotorInnen zählen ebenso zu den Erfolgen 2006 wie die Durchführung von 25 Kleinprojekten im Bereich Trinkwasserversorgung und die Beratung von 250 Frauen und Männern zum Thema Gleichberechtigung und Vorbeugung von Gewalt in der Familie.



OEZA UND BILATERALE ODA ÖSTERREICHS AN NICARAGUA

Netto-Auszahlungen
in Mio. Euro

In der Zeitreihe der bilateralen Gesamt-ODA gibt es mit dem Jahr 2006 einen Bruch, da Aufwendungen für AsylwerberInnen ab der Statistik 2006 nicht mehr dem Herkunftsland der AsylwerberInnen zugerechnet, sondern unter Kosten im Geberland subsummiert werden.

■ OEZA an Nicaragua
■ bilaterale Gesamt-ODA an Nicaragua

Öffentliche Entwicklungshilfeleistungen

- ODA Österreichs an Nicaragua 1995–2006: 81,96 Mio Euro
- OEZA (PPH) an Nicaragua 1995–2006: 74,04 Mio Euro

ODA Österreichs an Nicaragua in Mio. Euro

	2002	2003	2004	2005	2006
bilaterale ODA gesamt in Mio. Euro an Nicaragua	4,73	6,31	6,96	7,92	6,66
in % der bilateralen Gesamt-ODA	1,22	3,12	2,45	0,80	0,77
OEZA an Nicaragua in Mio. Euro	4,59	5,58	5,38	7,56	5,88
OEZA an Nicaragua in % der ges. OEZA-Leistungen (ODA)	6,49	8,31	7,38	8,93	6,20

Internationale ODA an Nicaragua

	2003	2004	2005
erhaltene ODA gesamt netto (in Mio. USD)	833	1.235	740
in % des BNE	21,3	28,7	15,2
davon ODA Österreichs (in Mio. USD)	7,1	8,7	9,8

* Quelle: OECD: Aid at a glance, Aid chart Nicaragua (www.oecd.org) und OEZA-Statistik
Die Angaben von OECD entsprechen dem Stand August 2007 und ersetzen früher publizierte Werte.

ODA an Nicaragua: Hauptgeber in Mio. USD*

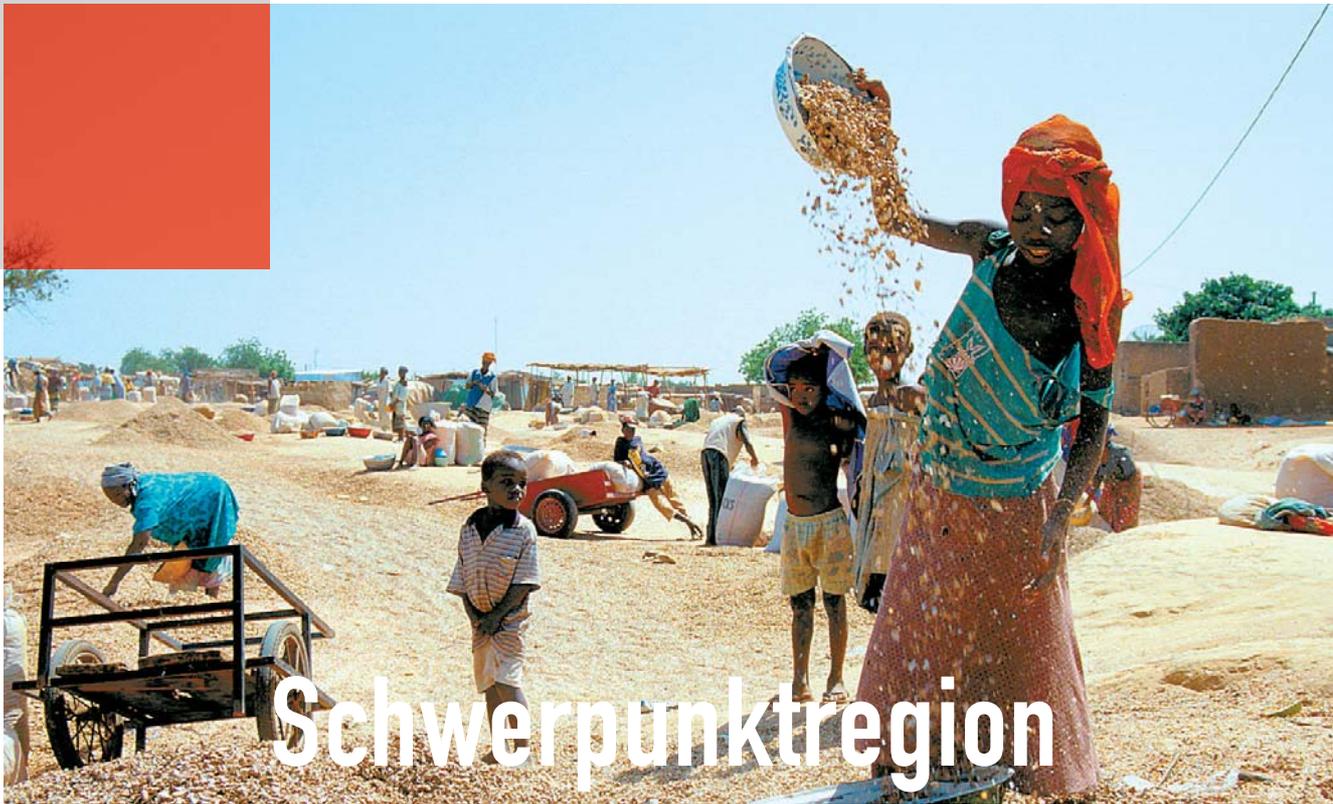
Durchschnitt 2004–2005

Deutschland	243
Spanien	152
IDB special operational fund	135
IDA	105
Japan	99

* Quelle: OECD: Aid at a glance, Aid chart Nicaragua (www.oecd.org)







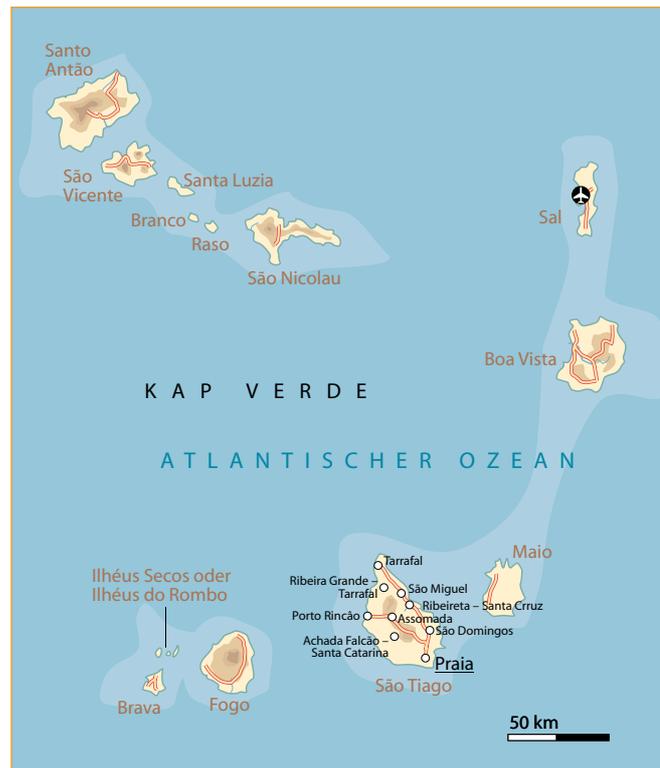
Schwerpunktregion Westafrika

Armut, gewaltsame Konflikte und Kargheit der Ressourcen zählen zu den wesentlichen Problemen Westafrikas (ECOWAS-Länder und Mauretanien).

Liberia, Sierra Leone, Guinea und Côte d'Ivoire sind in komplizierten Regionalkonflikten gefangen, die durch Korruption und Konkurrenz um die Kontrolle von Ressourcen verschlimmert werden. Die dadurch ausgelösten Bevölkerungsströme sind mit Konflikten, illegalem Handel von Rohstoffen und Leichtwaffen verbunden. Die Beziehungen zwischen der politischen Elite und den Rebellen Gruppen von benachbarten Ländern tragen zur Dauer und Ausbreitung der Konflikte bei, zudem verschärfen religiöse Konflikte und demokratische Defizite die Lage. Mit vereinten Kräften möchte Westafrika diese regionalen Probleme beseitigen. Die OEZA setzt daher auf regionaler Ebene hier einen Schwerpunkt.

Das strategische Oberziel der OEZA in Westafrika ist die politische und wirtschaftliche Stabilisierung. Wichtig dafür ist die regionale Integration, die hauptsächlich von ECOWAS und der „Westafrikanischen Wirtschafts- und Währungsunion“ getragen wird, wobei es aber auch auf zivilgesellschaftlicher Ebene interessante Ansätze der Kooperation gibt. Als Leitthema für die Projekte wurde Konfliktprävention identifiziert, da angenommen werden kann, dass sich ein integriertes Westafrika ohne Konflikte und mit regionalen Kapazitäten besser der Aufgabe der Armutsminderung widmen kann.

KAP VERDE



Basisdaten

Unabhängigkeit:	5. Juli 1975 (von Portugal)
Staatsform:	Republik
Staatsoberhaupt:	Pedro Pires (Präsident)
Regierungschef:	José Maria Pereira Neves
Außenminister:	Víctor Manuel Barbosa Borges
Fläche*:	4.030 km ²
Bevölkerung*:	506.807
Bevölkerungswachstum*:	2 %
Lebenserwartung*:	Frauen: 73,5 Jahre; Männer: 67,3 Jahre
Alphabetisierung**:	Frauen: 70,8 %; Männer: 86,6 %
HDI (Human Development Index)**:	0,722; 106. Stelle von 177
GDI (Gender-related Development Index)**:	0,714; 78. Stelle von 136
BIP*:	983.1 Mio. USD
Jährliches Wachstum des BIP*:	5,8 %
BNE*:	975,9 Mio. USD
BNE pro Kopf*:	1.930 USD
Armut**:	Nicht verfügbar
Bevölkerung mit Zugang zu sauberem Wasser**:	43 %

* Weltbank: World Development Indicators Database 2007

** UNDP: Human Development Report 2006



Entwicklungspolitik im Kontext

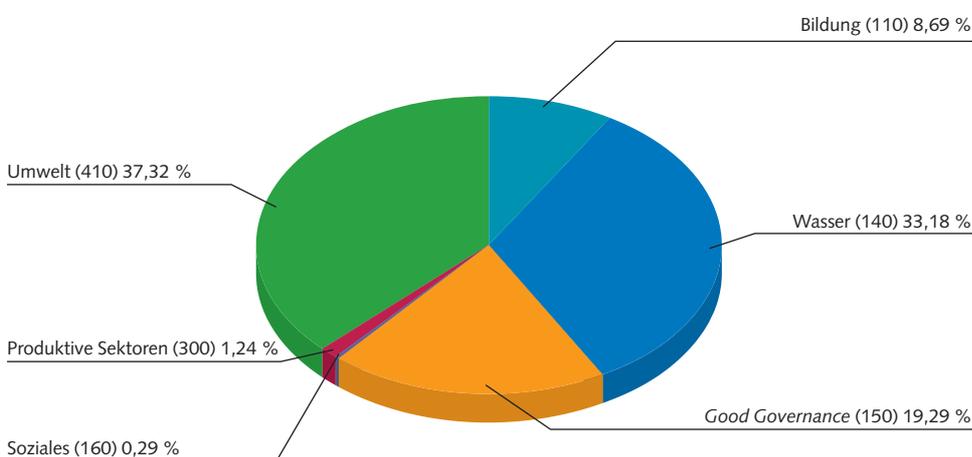
Kap Verde hat in den letzten Jahren große Fortschritte in der Konsolidierung seiner demokratischen Strukturen gemacht: freie und transparente Wahlen, die ohne größere Probleme verlaufen, tragen dazu bei, die vorhandene Stabilität weiterhin zu stärken.

Der Inselstaat bekennt sich zu Afrika, sieht sein politisches und wirtschaftliches Schicksal jedoch stärker mit Europa verknüpft. Die Regierung strebt deshalb mit der EU eine spezielle Partnerschaft als Nachbarstaat (Außengrenze mit den Kanarischen Inseln) und langfristig auch einen Assoziierungsvertrag an.

Aufgrund der umfassenden Entwicklungserfolge beschlossen die Vereinten Nationen, dass Kap Verde von der Gruppe der am wenigsten entwickelten Staaten in jene der Staaten mit niedrigem Einkommen aufsteigen soll. Durch die klimatische und geografische Situation sowie die Anfälligkeit für externe Schocks durch den Ressourcenmangel ist das Land jedoch sehr verwundbar.

Kap Verde ist ein traditionelles Emigrationsland. Die hohe Außenabhängigkeit ist prägend für das Land: ersichtlich nicht nur in einer strukturell stark negativen Handelsbilanz, sondern auch am hohen Anteil von Geberleistungen sowie den Rücküberweisungen der großen kapverdischen Diaspora (bis zu 20 Prozent des BIP). Die strukturelle Armutssituation in Kap Verde hat sich allerdings kaum verbessert und in einigen Parametern sogar verschärft.

Im September 2004 wurde das erste *Growth and Poverty Reduction Strategy Paper* verabschiedet. Gefördert werden sollen *Good Governance* sowie der Wettbewerb zur Stimulierung des wirtschaftlichen Wachstums und der Beschäftigung. Weitere Ziele sind die stärkere Landnutzungsplanung, der Schutz der Umwelt sowie Verbesserungen der Effizienz und der Nachhaltigkeit des Systems des sozialen Schutzes.



SEKTORIELLE VERTEILUNG DER OEZA AN KAP VERDE 2006

„Produktive Sektoren“ enthält für Kap Verde Maßnahmen im Tourismus und in der Landwirtschaft.

Schwerpunkte der Zusammenarbeit

- Dezentralisierung und Regionalentwicklung
- Integriertes Ressourcenmanagement
- Budgethilfe

Sektor Dezentralisierung und Regionalentwicklung

Mit dem Beschluss über das neue Gemeindefinanzierungsgesetz wurde eine weitere Grundlage geschaffen, die die Finanzaufteilung von der Zentralebene an die Gemeinden regelt. Ein Rahmengesetz zur Dezentralisierung ist in Vorbereitung.



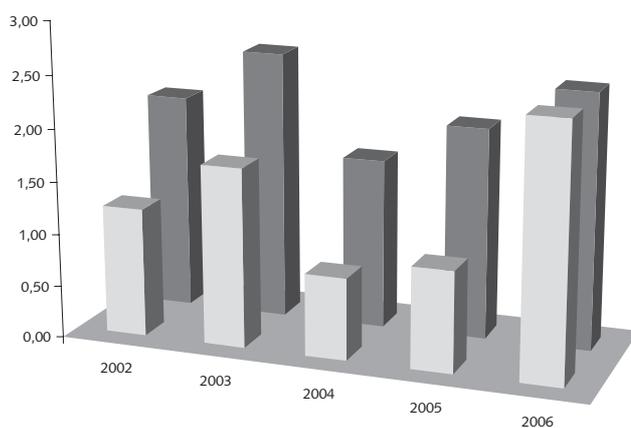
Neben der Stärkung der einzelnen Gemeinden werden Initiativen zur Regionalentwicklung unterstützt, die einerseits eine gemeinsame Vision zur Entwicklung einzelner Regionen (Inseln) fördern, besonders aber in wichtigen Querschnittsbereichen wie Umwelt, Tourismus, Verkehr und Wasserversorgung eine möglichst homogene und nachhaltige Entwicklung fördern sollen.

2006 konnte sich die OEZA im Bereich der Dezentralisierung und Regionalentwicklung verstärkt positiv positionieren, so gab es u. a. ein internationales Forum zum Thema Regionalentwicklung Santiago, und die ersten Flächenwidmungspläne konnten mit österreichischer Finanzierung fertig gestellt werden.



Geregelte Raumplanung

Seit 2003 wird die Entwicklung einer Reihe von örtlichen Raumplanungskonzepten, Bebauungs- und Flächenwidmungsplänen im Rahmen des Sektorschwerpunkts „Wasser und Dezentralisierung“ auf der Insel Santiago unterstützt. Diese Pläne werden einer per Gesetz vorgeschriebenen öffentlichen Diskussion unterzogen und im Rahmen des politischen Entscheidungsprozesses genehmigt. Die Aktivitäten des Projekts sind darauf ausgerichtet, die zivile Gesellschaft und die politisch Verantwortlichen in die Planungsvorgänge einzubinden.



OEZA UND BILATERALE ODA ÖSTERREICHS AN KAP VERDE

Netto-Auszahlungen in Mio. Euro

In der Zeitreihe der bilateralen Gesamt-ODA gibt es mit dem Jahr 2006 einen Bruch, da Aufwendungen für AsylwerberInnen ab der Statistik 2006 nicht mehr dem Herkunftsland der AsylwerberInnen zugerechnet, sondern unter Kosten im Geberland subsummiert werden.

- OEZA an Kap Verde
- bilaterale Gesamt-ODA an Kap Verde

Öffentliche Entwicklungshilfeleistungen

- ODA Österreichs Kap Verde 1995–2006: 35,45 Mio. Euro
- OEZA (PPH) an Kap Verde 1995–2006: 25,78 Mio. Euro

ODA Österreichs an Kap Verde in Mio. Euro

	2002	2003	2004	2005	2006
bilaterale ODA für Kap Verde in Mio. Euro	2,07	2,57	1,62	2,01	2,43
in % der bilateralen Gesamt-ODA	0,54	1,27	0,57	0,20	0,28
OEZA für Kap Verde in Mio. Euro	1,22	1,71	0,78	0,96	2,41
OEZA an Kap Verde in % der ges. OEZA-Leistungen (ODA)	1,73	2,55	1,07	1,13	2,54

Internationale ODA an Kap Verde

	2003	2004	2005
erhaltene ODA gesamt netto (in Mio. USD)	144	140	161
in % des BNE	18,3	14,6	17,1
davon ODA Österreichs (in Mio. USD)	2,9	2,0	2,5

* Quelle: OECD: Aid at a glance, Aid chart Cape Verde (www.oecd.org) und OEZA-Statistik
Die Angaben von OECD entsprechen dem Stand August 2007 und ersetzen früher publizierte Werte.

ODA an Kap Verde: Hauptgeber in Mio. USD*

Durchschnitt 2004–2005

Portugal	43
Europäische Kommission	22
IDA	21
Luxemburg	15
Niederlande	10

* Quelle: OECD: Aid at a glance, Aid chart Cape Verde (www.oecd.org)



BURKINA FASO



Basisdaten

Unabhängigkeit:	5. August 1960 (von Frankreich)
Staatsform:	Parlamentarische Republik
Staatsoberhaupt:	Blaise Compaoré
Regierungschef:	Ernest Paramanga Yonli
Außenminister:	Youssef Ouedraogo
Fläche*:	274.000 km ²
Bevölkerung**:	13,2 Mio.
Bevölkerungswachstum**:	3 %
Lebenserwartung**:	Frauen: 48,6 Jahre; Männer: 47,2 Jahre
Alphabetisierung**:	22 %
HDI (Human Development Index)**:	0,342; 174. Stelle von 177
GDI (Gender-related Development Index)**:	0,335; 133. Stelle von 136
BIP*:	5,2 Mrd. USD
Jährliches Wachstum des BIP*:	4,8 %
BNE*:	5,2 Mrd. USD
BNE pro Kopf*:	400 USD
Armut**:	46,4 %
Bevölkerung mit Zugang zu sauberem Wasser**:	61 %

* Weltbank: World Development Indicators Database 2007

** Human Development Report 2006



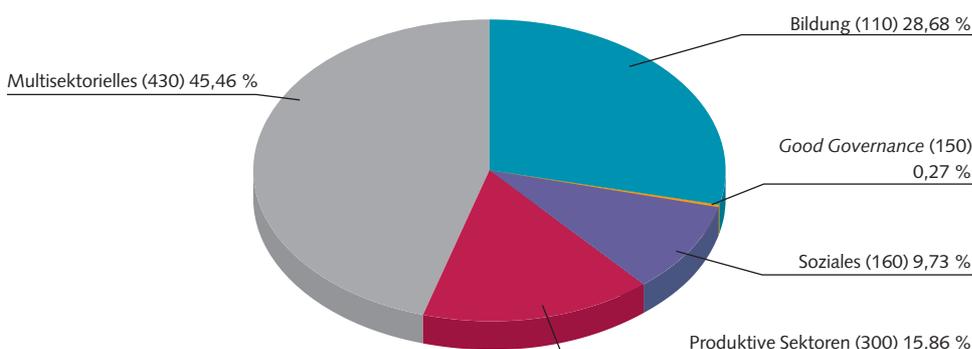
Entwicklungspolitik im Kontext

Burkina Faso ist in der VN-Statistik unter den fünf am wenigsten entwickelten Länder zu finden. Es gibt kaum Bodenschätze, die Landwirtschaft, von der mehr als drei Viertel der Bevölkerung direkt abhängig sind, hat mit Trockenheit und Bodenerosion zu kämpfen. Dementsprechend gibt es auch kaum eine Basis für den Aufbau einer gewinnbringenden Industrie.

Der Großteil der Bevölkerung lebt an oder unter der Armutsgrenze. Kernstück der Entwicklungsstrategie Burkina Fasos ist der „*Cadre Stratégique de Lutte contre la Pauvreté*“ (Strategischer Rahmen zur Armutsbekämpfung): wirtschaftliches Wachstum für alle, soziale Grundversorgung, Beschäftigung, *Good Governance*.

Schwerpunkte der Zusammenarbeit

- Technischer Unterricht und Berufsbildung (Ausbildungs- und Lehrpläne für eine Vielzahl von Berufen sowie Ausbildung von BerufsschullehrerInnen)
- Förderung von Mikro-, Klein- und Mittelbetrieben
- Ländliche Entwicklung (wichtigstes Instrument in diesem Bereich sind die lokalen Entwicklungsfonds der Dorfgemeinschaften)



SEKTORIELLE VERTEILUNG DER OEZA AN BURKINA FASO 2006

„Produktive Sektoren“ enthält bei Burkina Faso zum größten Teil Maßnahmen der Kleingewerbeförderung (Sektor „Industrie/Gewerbe“). „Multisektorielles“ enthält v. a. Projekte der ländlichen Entwicklung.

Sektor Ländliche Entwicklung

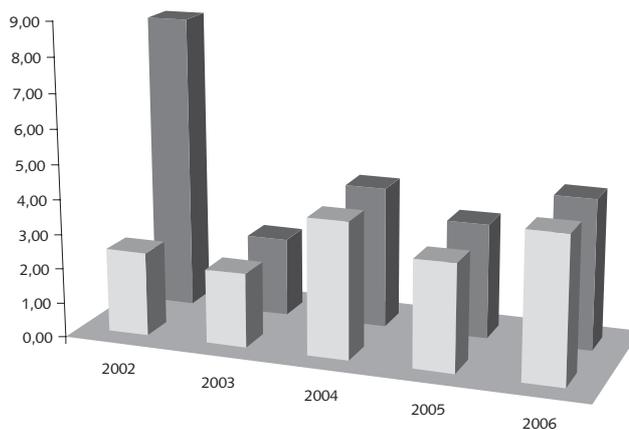
Die zentralistische Organisation der Verwaltung wird den Bedürfnissen des ländlichen Raumes, der mehr als drei Viertel des gesamten Landes ausmacht, nicht gerecht. Die Regierung ist daher um Dezentralisierung der Verwaltungsstrukturen bemüht. Erste Schritte hierzu sind die Definition von Gemeindestrukturen im ländlichen Raum sowie die Vorbereitung entsprechender Gemeinderatswahlen. Gleichzeitig sollen die Aktivitäten in einer Region gebündelt werden.

Die OEZA hat 2006 eine Studie zur Festlegung einer Schwerpunktregion im ländlichen Raum Burkina Fasos erstellt. Vorgaben waren, neben den bestehenden Programmen und Projekten, die Abstimmung mit anderen Gebern sowie makroökonomische, *Gender*- und Umweltfaktoren. Dementsprechend wurde die Region *Boucle de Mohoun* als neue Schwerpunktregion identifiziert. Hier soll ein Fonds aufgebaut werden, der von der Regionalverwaltung administriert wird und den Gemeinden Möglichkeit zur Verbesserung ihrer lokalen Infrastruktur gibt, wie schon seit längerem bei den „*Fonds de Développement local*“ praktiziert.



„Fonds de Développement local“

Die Entwicklung der „*Fonds de Développement local*“ boomt: In der Region um Bobo Dioulassou zum Beispiel wird bereits seit einigen Jahren mit diesen Fonds gearbeitet. Je nach dem konkreten Bedarf der Dorfgemeinschaften werden die Mittel des Fonds für die Anschaffung von dringend benötigten landwirtschaftlichen Geräten oder auch für den Ausbau der dörflichen Infrastruktur, etwa für Brunnen oder die Stromerzeugung, eingesetzt. Ziel ist es, einen möglichst umfassenden Nutzen für die DorfbewohnerInnen zu schaffen, der ihre eigenständigen wirtschaftlichen Aktivitäten fördert und absichern hilft. Erfreulicherweise konnten laut Evaluierung von 2005 die Zielwerte von 7.000 direkten NutznießerInnen bereits bei weitem überschritten werden. Im Lauf 2006 konnte auch das Folgeprojekt eine weitere Steigerung der Anzahl direkter NutznießerInnen um 24 Prozent verzeichnen.



■ OEZA an Burkina Faso
■ bilaterale Gesamt-ODA an Burkina Faso

OEZA UND BILATERALE ODA ÖSTERREICHS AN BURKINA FASO

Netto-Auszahlungen in Mio. Euro

In der Zeitreihe der bilateralen Gesamt-ODA gibt es mit dem Jahr 2006 einen Bruch, da Aufwendungen für AsylwerberInnen ab der Statistik 2006 nicht mehr dem Herkunftsland der AsylwerberInnen zugerechnet, sondern unter Kosten im Geberland subsummiert werden.

Öffentliche Entwicklungshilfeleistungen

- ODA Österreichs an Burkina Faso 1995–2006: 41,82 Mio. Euro
- OEZA (PPH) an Burkina Faso 1995–2006: 33,01 Mio. Euro

ODA Österreichs an Burkina Faso in Mio. Euro

	2002	2003	2004	2005	2006
bilaterale ODA für Burkina Faso in Mio. Euro	8,50	2,26	4,07	3,32	4,35
in % der bilateralen Gesamt-ODA	2,20	1,12	1,43	0,33	0,50
OEZA für Burkina Faso in Mio. Euro	2,41	2,14	3,93	3,10	4,21
OEZA an Burkina Faso in % der ges.					
OEZA-Leistungen (ODA)	3,41	3,18	5,40	3,66	4,44

Internationale ODA an Burkina Faso

	2003	2004	2005
erhaltene ODA gesamt netto (in Mio. USD)	507	614	660
in % des BNE	12,1	12,8	12,8
davon ODA Österreichs (in Mio. USD)	2,6	5,1	4,1

* Quelle: OECD: Aid at a glance, Aid chart Burkina Faso (www.oecd.org) und OEZA-Statistik
Die Angaben von OECD entsprechen dem Stand August 2007 und ersetzen früher publizierte Werte.

ODA an Burkina Faso: Hauptgeber in Mio. USD*

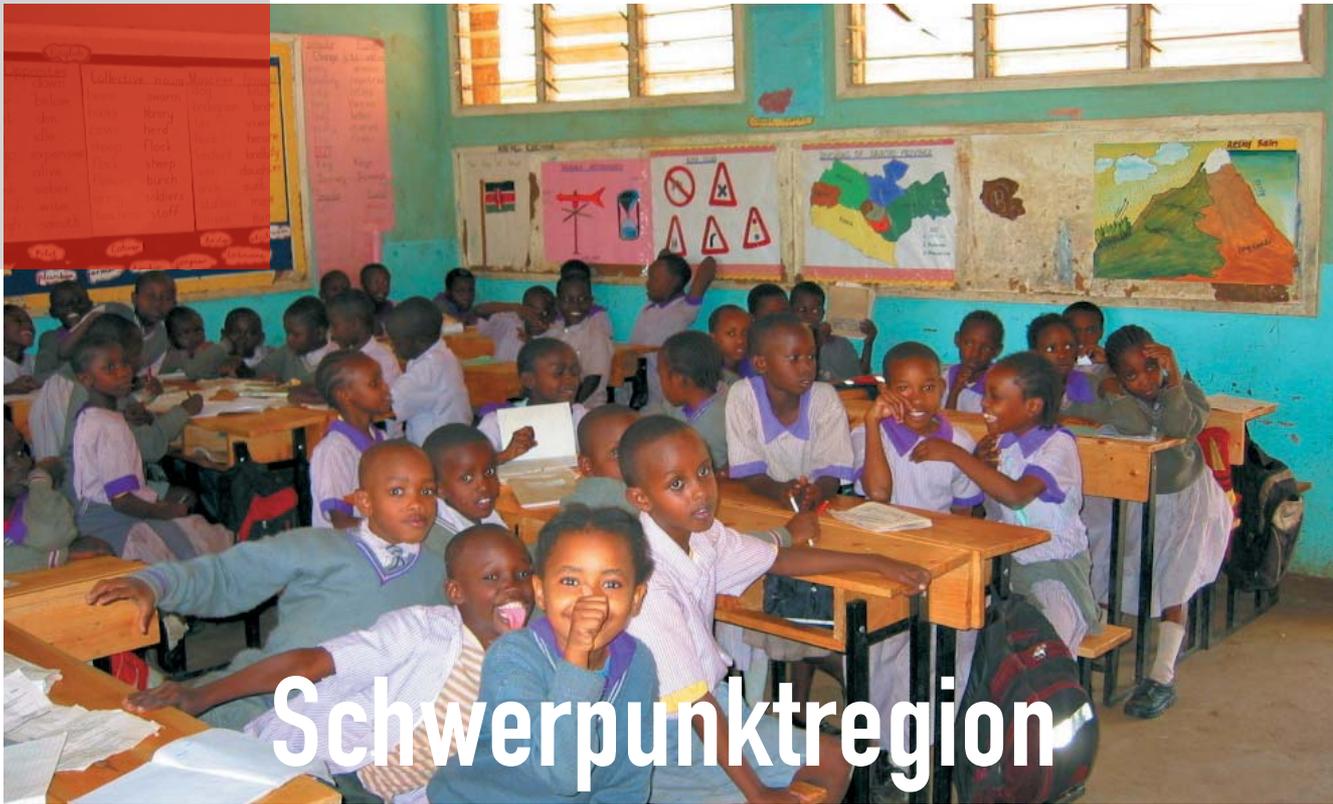
Durchschnitt 2004–2005

IDA	140
Europäische Kommission	96
Frankreich	96
Niederlande	54
Afrikanischer Entwicklungsfonds	49

* Quelle: OECD: Aid at a glance, aid chart Burkina Faso (www.oecd.org)







Schwerpunktregion Ostafrika

Die Region Ostafrika umfasst die Länder Uganda, Kenia, Tansania, Ruanda, Burundi und Äthiopien. In den einzelnen Ländern leben zwischen 36 und 60 Prozent der Bevölkerung unter der jeweiligen nationalen Armutsgrenze.

Diese Region ist einerseits durch vermehrte Bestrebungen einer regionalen Integration im Rahmen der *East African Community* gekennzeichnet, andererseits ist sie mit einer Reihe von Herausforderungen konfrontiert, die zu einer erhöhten Konflikanfälligkeit führen: die Kontrolle der Wasser- und Landressourcen, die regionalen Auswirkungen von Bevölkerungswachstum, Klimawandel und der damit verbundene Druck auf die natürlichen Ressourcen sowie eine hohe Zahl von Binnen- bzw. grenzüberschreitenden Flüchtlingen. Aus diesem Grund unterstützt die OEZA verschiedene Maßnahmen im Bereich Konfliktprävention, Konfliktlösung und Friedenssicherung.

ÄTHIOPIEN



Basisdaten

Unabhängigkeit:	Äthiopien war niemals kolonisiert, lediglich 1936–1941 von Italien besetzt
Staatsform:	Demokratische Bundesrepublik
Staatsoberhaupt:	Girma Woldegiorgis
Regierungschef:	Meles Zenawi
Außenminister:	Seyoum Mesfin
Fläche*:	1.104.300 km ²
Bevölkerung**:	75,6 Mio.
Bevölkerungswachstum**:	2,3 %
Lebenserwartung**	Frauen: 48,8 Jahre; Männer: 46,8 Jahre
Alphabetisierung**:	42 %
HDI (Human Development Index)**:	0,371; 170. Stelle von 177
GDI (Gender-related Development Index)**:	nicht verfügbar
BIP*:	11,2 Mrd. USD
Jährliches Wachstum des BIP*:	8,7 %
BNE*:	11,1 Mrd. USD
BNE pro Kopf*:	160 USD
Armut**:	44,2 %
Bevölkerung mit Zugang zu sauberem Wasser**:	22 %

* Weltbank: World Development Indicators Database 2007

** UNDP: Human Development Report 2006



Entwicklungspolitik im Kontext

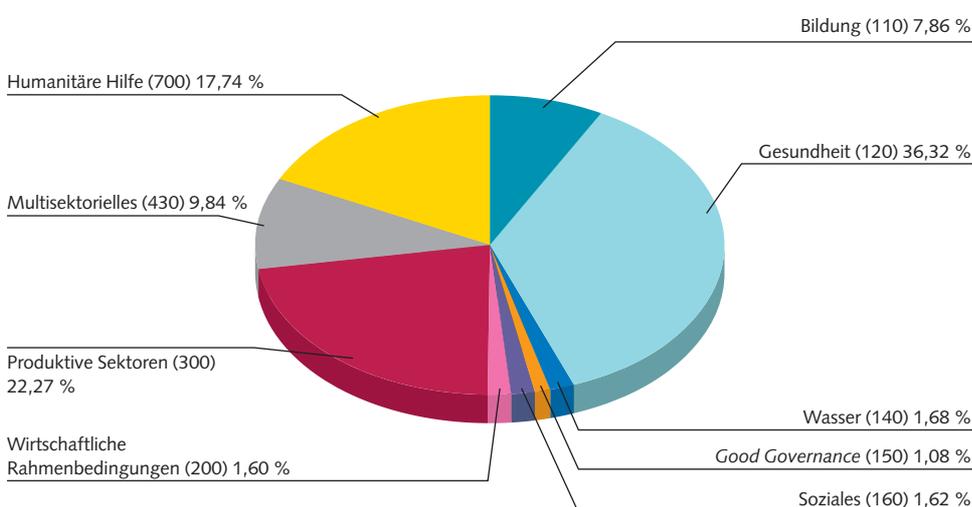
Die Auswirkungen der blutigen Unruhen nach den Wahlen 2005 in Äthiopien sind merklich spürbar, obwohl in vielen Bereichen eine gewisse Normalisierung eingetreten ist. Auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit gibt es nach einer Phase der Enttäuschung und Ernüchterung nun ein solides Bemühen, sowohl auf Geber- als auch Regierungsseite, wieder eine verantwortliche Zusammenarbeit im Kampf gegen die Armut aufzubauen.

Die Geber sprechen im Hinblick auf die erwünschte und erhoffte massive Erhöhung ihrer Unterstützung klar die Notwendigkeit einer Bewegung der Regierung in Richtung Menschenrechte und verstärkter Einbeziehung des Privatsektors an.

Die Basis für die Zusammenarbeit stellt der 2006 veröffentlichte *Plan for Accelerated and Sustained Development to End Poverty (PASDEP) 2006–2011*. Der Plan nimmt auf eine Anpassung an die agro-ökologische Grundsituation sowie die Notwendigkeit der stärkeren Einbindung des Privatsektors Bedacht.

Schwerpunkte der Zusammenarbeit

- Unterstützung der Ernährungssicherung
- Basisgesundheitsversorgung
- Energiesektor (Gebergruppe, Elektrifizierung unter österreichischer Leitung)
- Gender und Demokratie

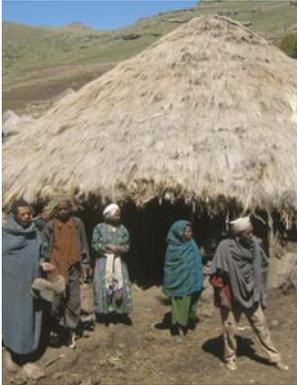


SEKTORIELLE VERTEILUNG DER OEZA AN ÄTHIOPIEN 2006

„Wirtschaftliche Rahmenbedingungen“ enthält in Äthiopien die Sektoren „Energie“ und „Kommunikation“. „Produktive Sektoren“ entfällt v. a. auf „Landwirtschaft“ und in geringem Ausmaß auf „Tourismus“.

Sektor Ernährungssicherung

Trotz Rekordrenten litten 2006 fast 10 der 75 Millionen ÄthiopierInnen darunter, keinen ausreichenden Zugang zu Nahrung zu haben. Österreich setzt seine Schwerpunkte innerhalb der Gebergemeinschaft bei der Ernährungssicherung in Nord-Gondar. Das von Österreich unterstützte Programm verfolgt vorrangig eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und die Schaffung zusätzlicher Einkommensquellen durch ein Viehzuchtprojekt, das sich geografisch bereits auf die meisten Bezirke Nord-Gondars ausgeweitet hat. Die Projekte werden inzwischen von verschiedenen zuständigen Verwaltungsbehörden auf Bezirksebene durchgeführt.

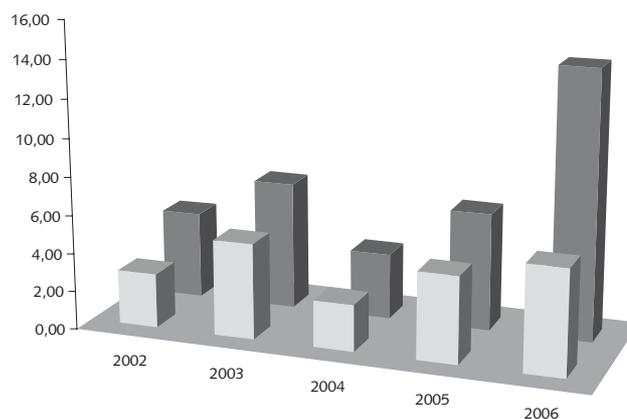


Die Einbindung des österreichischen Ernährungssicherungs-Programms in den staatlichen Entwicklungsplan PASDEP wurde bei einer Midterm-Evaluierung 2006 als sehr gut bewertet: Besonders hervorgehoben wurden die kapazitätsbildenden Maßnahmen auf Bezirksebene, die Einkommenssteigerung der Bauern/Bäuerinnen sowie das Angebot landwirtschaftlicher und technischer Neuerungen, die durch Mikrokredite ergänzt werden. Alternativ zu staatlichen Richtlinien haben sich in den österreichischen Programmen der Modellbauer-Ansatz, der Einsatz lokaler Tier-Gesundheitsbeauftragter und die Vermarktung von Samen für den Futteranbau bewährt.



Nationalpark Simen Mountains

Der Park mit seiner einzigartigen Flora und Fauna gerät durch die wachsende Bevölkerung innerhalb und außerhalb des Parks mehr und mehr unter Druck und wurde daher von der UNESCO bereits als bedroht eingestuft. Es geht um die Erzielung eines Gleichgewichts zwischen der Bewahrung eines natürlichen Lebensraums und der Ernährungssicherung für die Bevölkerung: Ohne ausreichende Ernährungssicherung für die Bauern/Bäuerinnen haben weder der Nationalpark noch ökologischer Tourismus eine Chance, zu einem integrierten Entwicklungsprojekt zu werden. Deshalb zielt das Projekt vor allem auf die Verbesserung der Lebensbedingungen der lokalen Kleinbauern/-bäuerinnen ab. Die Bauern/Bäuerinnen nennen das Projekt „Nefs Adin“, was aus dem Amharischen übersetzt „einer der Leben rettet“ bedeutet. Ungefähr 86.500 Menschen haben bisher direkt vom Projekt profitiert.



OEZA UND BILATERALE ODA ÖSTERREICHS AN ÄTHIOPIEN

Netto-Auszahlungen in Mio. Euro

In der Zeitreihe der bilateralen Gesamt-ODA gibt es mit dem Jahr 2006 einen Bruch, da Aufwendungen für AsylwerberInnen ab der Statistik 2006 nicht mehr dem Herkunftsland der AsylwerberInnen zugerechnet, sondern unter Kosten im Geberland subsummiert werden.

- OEZA an Äthiopien
- bilaterale Gesamt-ODA an Äthiopien

Öffentliche Entwicklungshilfeleistungen

- ODA Österreichs an Äthiopien 1995–2006: 59,96 Mio. Euro
- OEZA (PPH) an Äthiopien 1995–2006: 37,35 Mio. Euro

ODA Österreichs an Äthiopien in Mio. Euro

	2002	2003	2004	2005	2006
bilaterale ODA für Äthiopien in Mio. Euro	4,56	6,70	3,46	6,15	14,01
in % der bilateralen Gesamt-ODA	1,18	3,31	1,22	0,62	1,61
OEZA für Äthiopien in Mio. Euro	2,83	5,00	2,46	4,54	5,52
OEZA an Äthiopien in % der ges. OEZA-Leistungen (ODA)	4,01	7,45	3,38	5,36	5,83

Internationale ODA an Äthiopien

	2003	2004	2005
erhaltene ODA gesamt netto (in Mio. USD)	1.594	1.819	1.937
in % des BNE	20,2	18,8	17,4
davon ODA Österreichs (in Mio. USD)	7,6	4,3	7,7

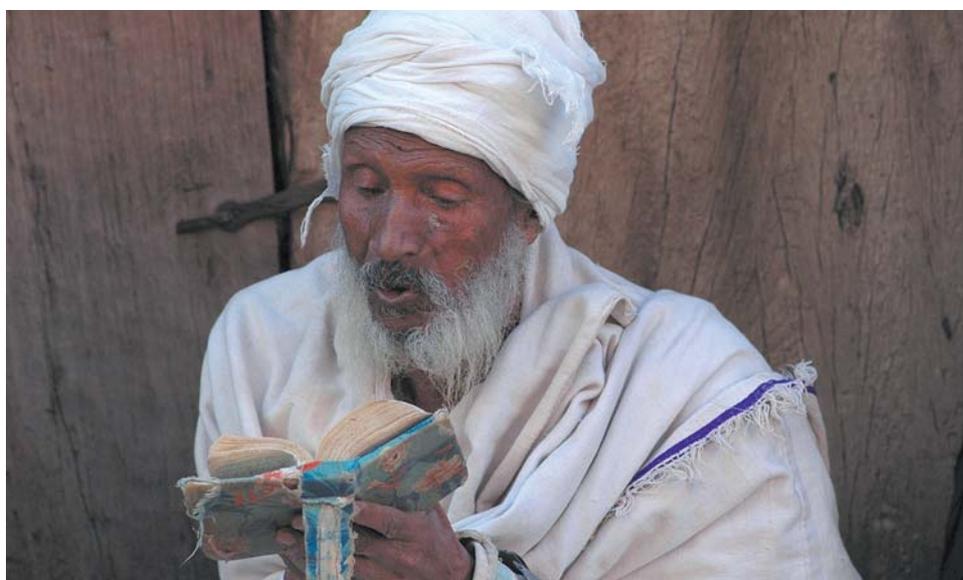
* Quelle: OECD: Aid at a glance, Aid chart Ethiopia (www.oecd.org) und OEZA-Statistik
Die Angaben von OECD entsprechen dem Stand August 2007 und ersetzen früher publizierte Werte.

ODA an Äthiopien: Hauptgeber in Mio. USD*

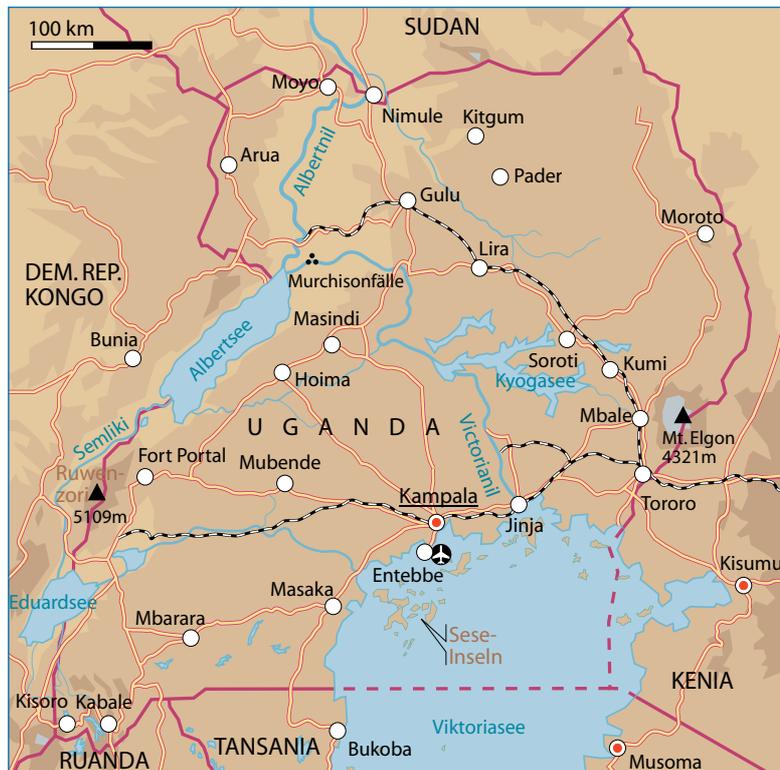
Durchschnitt 2004–2005

Vereinigte Staaten	552
IDA	403
Europäische Kommission	143
Großbritannien	111
Afrikanische Entwicklungsbank	102

* Quelle: OECD: Aid at a glance, Aid chart Ethiopia (www.oecd.org)



UGANDA



Basisdaten

Unabhängigkeit:	9. Oktober 1962 (von Großbritannien)
Staatsform:	Präsidentialrepublik
Staatsoberhaupt:	Yoweri Kaguta Museveni
Regierungschef:	Apollo Nsibambi
Außenminister:	Sam Kutesa
Fläche*:	241,040 km ²
Bevölkerung**:	27,8 Mio.
Bevölkerungswachstum**:	3,3 %
Lebenserwartung**:	Frauen: 48,8 Jahre; Männer: 47,9
Alphabetisierung**:	Frauen: 57,7 %; Männer: 76,8 %
HDI (Human Development Index)**:	0,502; 145. Stelle von 177
GDI (Gender-related Development Index)**:	0,498; 108. Stelle von 136
BIP*:	8,7 Mrd. USD
Jährliches Wachstum des BIP*:	6,6 %
BNE*:	8,0 Mrd. USD
BNE pro Kopf*:	280 USD
Armut**:	37,7 %
Bevölkerung mit Zugang zu sauberem Wasser**:	60 %

* Weltbank: World Development Indicators Database 2007

** UNDP: Human Development Report 2006



Entwicklungspolitik im Kontext

2006 kehrte Uganda nach mehr als zwei Jahrzehnten *Movement-System* zum Mehrparteiensystem zurück, ein wichtiger Schritt in Richtung Demokratisierung.

Die katastrophale humanitäre Situation in Norduganda, wo die große Mehrheit der Bevölkerung aufgrund des bewaffneten Konflikts zwischen der Regierung und der *Lord's Resistance Army* seit Jahren in Lagern für interne Vertriebene lebt, rückte stärker in den Blickpunkt der Weltöffentlichkeit. Die Regierung erstellte mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft Pläne für Nothilfe und Wiederaufbau in dieser Region. Ein am 26. August 2006 unterzeichnetes Abkommen zur Einstellung der Kampfhandlungen brachte der nordugandischen Bevölkerung erstmals seit zwanzig Jahren Frieden. Die Lage ist nach wie vor instabil.

Uganda gehört zu den ärmsten Ländern der Welt, kann aber seit Jahren ein stetes Wirtschaftswachstum verzeichnen, das 2006 um fünf Prozent lag; die Inflation ist mit fünf bis sechs Prozent weiterhin relativ gering. 2006 beeinträchtigte eine Energiekrise die ugandische Wirtschaft, nach Trockenheiten kam es zu beträchtlichen Stromrationierungen.

Ein Hauptziel der ugandischen Regierung ist, die starke Abhängigkeit von internationaler Entwicklungshilfe zu verringern, die derzeit bei 40 Prozent des Staatshaushalts liegt.

Die ugandische Entwicklungsstrategie ist im *Poverty Eradication Action Plan* (PEAP) festgeschrieben, in dem sich die ugandische Regierung verpflichtet, als Priorität die Armut zu verringern. Oberziel ist der Übergang des Landes zu einem *Middle Income Country*. Die zentralen Ziele sind verringerte Einkommensarmut und -ungleichheit, verbesserte menschliche Entwicklung sowie gesteigertes Wachstum des BNP.

Seit 2006 arbeitet die OEZA gemeinsam mit zehn anderen Gebern an der Umsetzung der *Joint Assistance Strategy for the Republic of Uganda* mit.

Schwerpunkte der Zusammenarbeit

- Wasser und Siedlungshygiene
- *Good Governance*, Justizreform, Dezentralisierung und Friedenssicherung/Konfliktlösung und Wiederaufbau
- Privatsektorentwicklung
- Friedenssicherung/Konfliktlösung und Wiederaufbau (Sonderprogramm zu Norduganda mit Fokus auf Kinder, vor allem ehemalige Kindersoldaten)

Sektor Wasser und Siedlungshygiene

Der ugandische Wassersektor ist in der Region Ostafrika und im gesamten Sub-Sahara-Afrika als besonders progressiv und innovativ bekannt. Dabei spielt die sehr weitreichende und gut funktionierende Zusammenarbeit zwischen ugandischem Wasserministerium und Gebern sowie die gute Koordination unter den Gebern eine wesentliche Rolle.



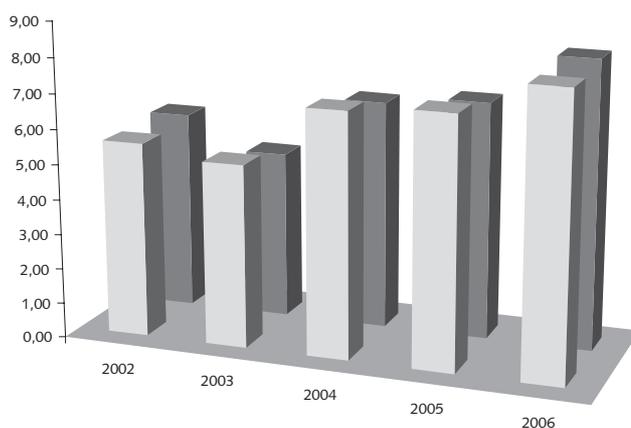
Der Geberbeitrag am gesamten Sektorbudget ist mit ca. 60 bis 70 Prozent sehr hoch. Österreich ist mit ca. 2 bis 2,2 Millionen Euro pro Jahr als sehr kleiner Geber vertreten. Im Rahmen der langen Kooperation im ugandischen Wassersektor konnte Österreich jedoch tief greifende Erfahrung und Kompetenz aufbauen und hat im September 2006 erstmals den Vorsitz in der Geberkoordination übernommen.

Seit 2004 kofinanziert die OEZA das Regionalprogramm des *Water and Sanitation Program* der Weltbank. Das Programm hat das Ziel, vor allem armen Bevölkerungsschichten langfristigen Zugang zu einer verbesserten (d. h. sauberen, sicheren, zuverlässigen und leistbaren) Wasserversorgung und Siedlungshygiene zu verschaffen.



South Western Towns Water and Sanitation Project

Das regionale *South Western Towns Water and Sanitation Project* wird von der OEZA seit 1996 finanziert und stellt die Wasserversorgung in 40 Siedlungsanlagen Südwest-Ugandas sicher. 2006 konnten Wasserversorgungssysteme für sieben Siedlungen fertiggestellt und 48.000 Menschen der Zugang zu sauberem Trinkwasser ermöglicht werden. Das Projekt wird ohne österreichische Partner in direkter Zusammenarbeit mit ugandischen Projektträgern konzipiert und umgesetzt. Das Sektorprogramm wird zu einem nationalen Finanzierungsinstrument umgebaut und soll so die Kofinanzierung der *EU Water Facility* massiv ausweiten.



■ OEZA an Uganda
■ bilaterale Gesamt-ODA an Uganda

OEZA UND BILATERALE ODA ÖSTERREICHS AN UGANDA

Netto-Auszahlungen in Mio. Euro

In den Jahren 2003–2005 ergibt sich für die Gesamt-ODA Österreichs an Uganda ein niedrigerer Wert als für die OEZA-Leistungen. Der Grund hierfür liegt in Tilgungen für einen Weltbank- Kofinanzierungskredit im Wassersektor. In den betreffenden Jahren wurden Kreditrückzahlungen verbucht, die gemäß den statistischen Richtlinien des OECD/DAC von der ODA in Abzug zu bringen sind (Nettoprinzip der ODA).

In der Zeitreihe der bilateralen Gesamt-ODA gibt es mit dem Jahr 2006 einen Bruch, da Aufwendungen für AsylwerberInnen ab der Statistik 2006 nicht mehr dem Herkunftsland der AsylwerberInnen zugerechnet, sondern unter Kosten im Geberland subsummiert werden.

Öffentliche Entwicklungshilfeleistungen

- ODA Österreichs an Uganda 1995–2006: 89,08 Mio. Euro
- OEZA (PPH) an Uganda 1995–2006: 81,97 Mio. Euro

ODA Österreichs an Uganda in Mio. Euro

	2002	2003	2004	2005	2006
bilaterale ODA für Uganda in Mio. Euro	5,71	4,80	6,54	6,78	8,20
in % der bilateralen Gesamt-ODA	1,48	2,37	2,31	0,68	0,94
OEZA für Uganda in Mio. Euro	5,56	5,22	6,96	7,14	8,04
OEZA an Uganda in % der ges.					
OEZA-Leistungen (ODA)	7,87	7,78	9,56	8,43	8,48

In den Jahren 2003–2005 ergibt sich für die Gesamt-ODA Österreichs an Uganda ein niedrigerer Wert als für die OEZA-Leistungen. Der Grund hierfür liegt in Tilgungen für einen Weltbank-Kofinanzierungskredit im Wassersektor. In den betreffenden Jahren wurden Kreditrückzahlungen verbucht die gemäß den statistischen Richtlinien des OECD/DAC von der ODA in Abzug zu bringen sind (Nettoprinzip der ODA).

Internationale ODA an Uganda

	2003	2004	2005
erhaltene ODA gesamt netto (in Mio. USD)	976	1.198	1.198
in % des BNE	15,9	17,9	14,0
davon ODA Österreichs (in Mio. USD)	5,4	8,1	8,4

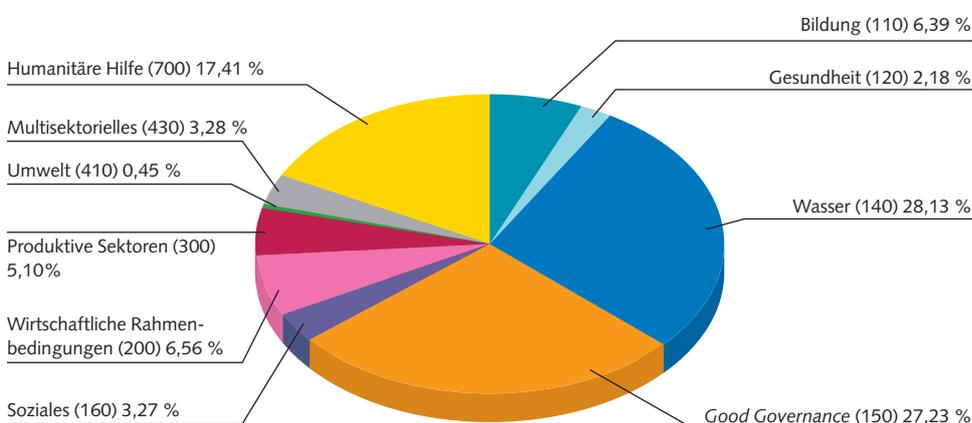
* Quelle: OECD: Aid at a glance, Aid chart Uganda (www.oecd.org) und OEZA-Statistik
Die Angaben von OECD entsprechen dem Stand August 2007 und ersetzen früher publizierte Werte.

ODA an Uganda: Hauptgeber in Mio. USD*

Durchschnitt 2004–2005

IDA	344
Vereinigte Staaten	225
Europäische Kommission	102
Großbritannien	82
Niederlande	76

* Quelle: OECD: Aid at a glance, Aid chart Uganda (www.oecd.org)



SEKTORIELLE VERTEILUNG DER OEZA AN UGANDA 2006

„Wirtschaftliche Rahmenbedingungen“ enthält bei Uganda die Sektoren „Energie“, „Kommunikation“, „Finanzwesen“ und „Förderung der Rahmenbedingungen des Privatsektors“. „Produktive Sektoren“ enthält die Sektoren „Tourismus“ und in geringerem Ausmaß „Forstwirtschaft“.





Schwerpunktregion Südliches Afrika

Die OEZA konzentriert sich im Südlichen Afrika auf die Themen *Good Governance*, Menschenrechte und Infrastruktur (Schienentransport und Energie) mit dem speziellen Querschnittsthema HIV/AIDS.

Good Governance und damit zusammenhängend die Förderung und der Schutz der Menschenrechte ist für die Entwicklung im Südlichen Afrika von zentraler Bedeutung. Nach wie vor ist ein Großteil der Bevölkerung vom Zugang zu Informationen oder Ressourcen ausgeschlossen und somit in ihrem Potenzial zu einer nachhaltigen sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung eingeschränkt. Die *Southern African Development Community* anerkennt, dass wirtschaftliches Wachstum und Entwicklung, Friede, politische Toleranz, Rechtsstaatlichkeit und Korruptionsbekämpfung voraussetzt. Die OEZA unterstützt die *Southern African Development Community* direkt und fördert außerdem regionale Organisationen und Initiativen in ihrer Zusammenarbeit mit der *Southern African Development Community*.



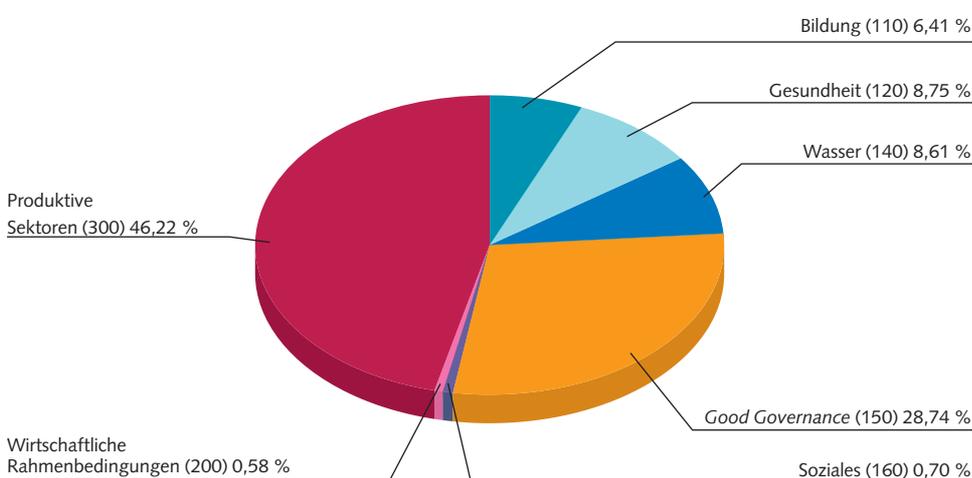
Entwicklungspolitik im Kontext

Mosambik gilt als ein Paradebeispiel für einen erfolgreichen politischen und wirtschaftlichen Wandel nach dem Ende eines langjährigen Bürgerkriegs. Mit einem durchschnittlichen Wirtschaftswachstum von rund sieben Prozent pro Jahr ist Mosambik eine der am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften im südlichen Afrika. Trotzdem zählt Mosambik noch immer zu den ärmsten Ländern der Welt: Mehr als die Hälfte der Bevölkerung lebt in absoluter Armut, die medizinische Versorgung, die Bildungseinrichtungen und die Infrastruktur sind mangelhaft. Weiters hat Mosambik mit einer steigenden Rate an HIV infizierten Personen zu kämpfen (2006: 16,1 Prozent).

Das durch den nationalen Aktionsplan zur Armutsbekämpfung (PARPA II, 2006–2009) definierte Ziel ist es, den Anteil der in Armut Lebenden in Mosambik von 54,1 Prozent (2005) auf 45 Prozent im Jahr 2009 zu senken. PARPA II stützt sich auf die drei Säulen *Good Governance*, Bildung/Ausbildung und wirtschaftliche Entwicklung. Weiters sollen Dezentralisierung, Bildung, Gesundheit, Wasserversorgung und Siedlungshygiene, ländliche Entwicklung, der Ausbau der Infrastruktur sowie ein positives Investitionsklima und ein verbessertes öffentliches Finanzmanagement dazu beitragen, die Armut nachhaltig zu verringern. Unterstützt wird die Umsetzung des PARPA II durch einen wachsenden Anteil genereller Budgethilfe.

Schwerpunkte der Zusammenarbeit

- Ländliche Entwicklung
- Dezentralisierung
- Sektorielle Budgethilfe (Sektorprogramm ProAgri des mosambikanischen Landwirtschaftsministeriums)



SEKTORIELLE VERTEILUNG DER OEZA AN MOSAMBIK 2006

„Wirtschaftliche Rahmenbedingungen“ enthält zur Gänze Leistungen im Sektor „Kommunikation“.
 „Produktive Sektoren“ enthält v. a. Leistungen im Sektor „Landwirtschaft“ und in geringerem Ausmaß „Tourismus“.

Sektor Ländliche Entwicklung

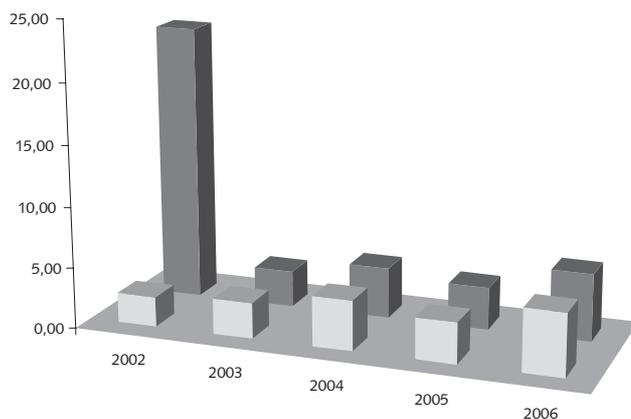
Die Mehrheit der von Armut betroffenen Bevölkerung Mosambiks lebt auf dem Land. Im Zentrum der OEZA-Aktivitäten im ländlichen Raum steht daher die Armutsminderung durch Förderung der landwirtschaftlichen und ländlichen Entwicklung, da hier die Landwirtschaft die fast einzige Erwerbsquelle ist. Ziel ist es, die natürlichen Ressourcen zu erhalten, Einkommen zu schaffen und die Ernährung von ProduzentInnen und KonsumentInnen zu sichern.

Im Bereich Ländliche Entwicklung konzentrierte sich die OEZA mit dem Projekt Promec insbesondere auf die Verbesserung der Qualität landwirtschaftlicher Produkte durch Trainings sowie Unterstützung von Kleinbauern/-bäuerinnen beim Verkauf landwirtschaftlicher Produkte. Gleichzeitig unterstützt die OEZA mittels sektorieller Budgethilfe das Programm *ProAgri* des mosambikanischen Landwirtschaftsministeriums.



Promec

Promoção Económica dos Camponeses, die wirtschaftliche Förderung von Kleinbauern und -bäuerinnen, ist das derzeit größte kapazitätenfördernde Projekt der OEZA in Mosambik im Sektor Ländliche Entwicklung und umfasst verschiedenste Zielgruppen wie Distriktadministratio- nen, Vereinigungen von Kleinbauern, individuelle Kleinbauern/-bäuerinnen und ländliche Gemeinden. Der inhaltliche Fokus von *Promoção Económica dos Camponeses* liegt auf der Produktionssteigerung für den lokalen Markt sowie der Verbesserung der Nahrungsmittelsi- cherheit für die Provinz Sofala. Durch das Projekt werden eine Vielzahl an Interventionen geför- dert: Verbesserung der Qualität der landwirtschaftlichen Produkte (z. B. mittels Förderung der *International Fair of Maputo 2006*), Förderung von formellen und informellen Gruppierungen von Kleinbauern/-bäuerinnen, Information über neue Technologien im Rahmen von Demon- strationen auf Testfeldern, Verteilung von landwirtschaftlichen Geräten, Unterstützung von individuellen Kleinbauern/-bäuerinnen und DistriktbeamtlInen durch Training und Informatio- nen sowie die Erhöhung der Lieferkapazität von Kleinbauern für den lokalen Markt.



OEZA UND BILATERALE ODA ÖSTERREICHS AN MOSAMBIK

Netto-Auszahlungen in Mio. Euro

In der Zeitreihe der bilateralen Gesamt-ODA gibt es mit dem Jahr 2006 einen Bruch, da Aufwendungen für AsylwerberInnen ab der Statistik 2006 nicht mehr dem Herkunftsland der AsylwerberInnen zugerechnet, sondern unter Kosten im Geberland subsummiert werden.

- OEZA an Mosambik
- bilaterale Gesamt-ODA an Mosambik

Öffentliche Entwicklungshilfeleistungen

- ODA Österreichs an Mosambik 1995–2006: 65,30 Mio. Euro
- OEZA (PPH) an Mosambik 1995–2006: 40,15 Mio. Euro

ODA Österreichs an Mosambik in Mio. Euro

	2002	2003	2004	2005	2006
bilaterale ODA gesamt in Mio. Euro an Mosambik	22,67	2,97	4,16	3,47	5,54
in % der bilateralen Gesamt-ODA	5,87	1,47	1,47	0,35	0,64
OEZA an Mosambik in Mio. Euro	2,45	2,95	4,12	3,38	5,14
OEZA an Mosambik in % der ges. OEZA-Leistungen (ODA)	3,47	4,39	5,65	3,99	5,42

Internationale ODA an Mosambik

	2003	2004	2005
erhaltene ODA gesamt netto (in Mio. USD)	1.037	1.246	1.286
in % des BNE	22,6	22,4	20,8
davon ODA Österreichs (in Mio. USD)	3,4	5,2	4,3

* Quelle: OECD: Aid at a glance, Aid chart Mozambique (www.oecd.org) und OEZA-Statistik
Die Angaben von OECD entsprechen dem Stand August 2007 und ersetzen früher publizierte Werte.

ODA an Mosambik: Hauptgeber in Mio. USD*

Durchschnitt 2004–2005

IDA	231
Europäische Kommission	162
Vereinigte Staaten	103
Afrikanischer Entwicklungsfonds	84
Schweden	74

* Quelle: OECD: Aid at a glance, Aid chart Mozambique (www.oecd.org)







Schwerpunktregion

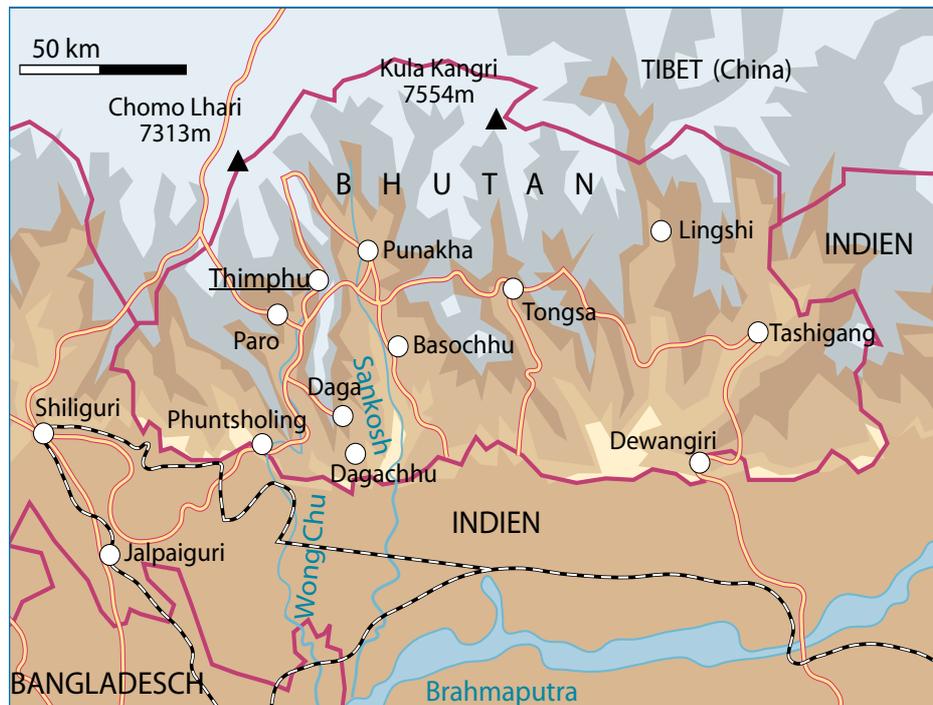
Himalaya-Hindukusch

Die gebirgigen Lebenswelten der Himalaya/Karakorum/Hindukusch-Region bilden die OEZA-Schwerpunktregion in Asien. Diese Region umfasst kulturell, politisch und ökonomisch diverse Länder wie Afghanistan, Bangladesh, Bhutan, China, Indien, Myanmar, Nepal und Pakistan. Die OEZA-Kooperation beschränkt sich auf die marginalisierten Bergregionen in denen die Armut um 20 bis 50 Prozent über dem nationalen Durchschnitt der jeweiligen Länder liegt.

Die Probleme und Bedürfnisse in diesen Bergregionen unterscheiden sich signifikant von jenen in den tiefer gelegenen Regionen dieser Länder. Die Menschen sind größeren ökonomischen, physischen und sozialen Herausforderungen ausgesetzt wie z. B. einer niedrigeren landwirtschaftlichen Produktivität, einem schwereren Zugang zu Märkten, Erosion, Lawinen, Muren, Erdbeben, einer erstarrten Genderhierarchie, traditionelle Hierarchien (Kastenwesen), Diskriminierung durch staatliche Organe.

Um angepasste Lösungen für die Bergregionen zu erarbeiten, haben die regionalen Staaten die Organisation *International Center for Integrated Mountain Development (ICIMOD)* gegründet. Diese Institution für angewandte Forschung ist als einzige internationale Organisation weltweit auf die Probleme der Bergregion spezialisiert und ist auch der Partner der OEZA in der regionalen Kooperation. So unterstützt die OEZA ICIMOD im Bereich des Managements von Weideländern, in der effizienten Energienutzung sowie im Bereich der Bienenzucht in Bergregionen und leistet darüber hinaus einen Beitrag zu den allgemeinen Programmen dieser einzigartigen Organisation.

BHUTAN

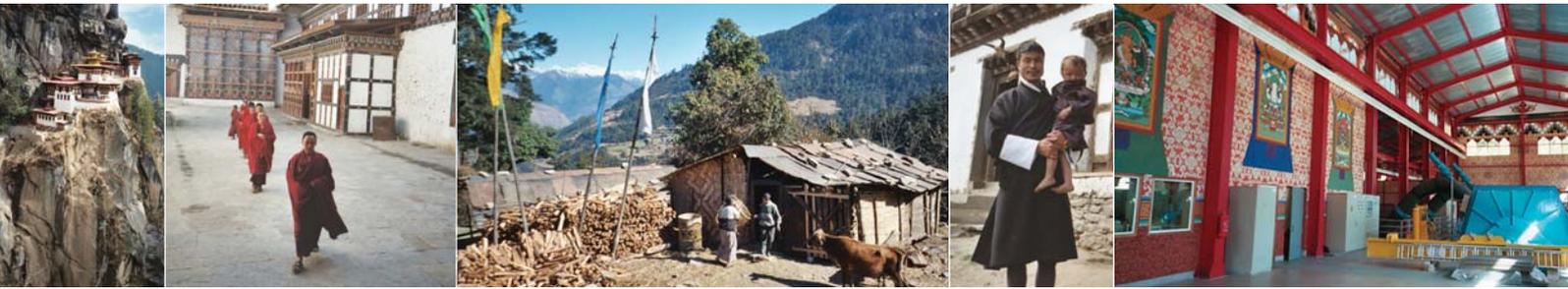


Basisdaten

Unabhängigkeit:	8. August 1949 (von Indien)
Staatsform:	Monarchie
Staatsoberhaupt:	Jigme Khesar Namgyel Wangchuck
Regierungschef:	Lyonpo Khandu Wangchuck
Außenminister:	Lyonpo Kandhu Wangchuck
Fläche*:	47.000 km ²
Bevölkerung**:	2,12 Mio.
Bevölkerungswachstum**:	2,2 %
Lebenserwartung**:	Frauen: 64,6 Jahre; Männer: 62,2 Jahre
Alphabetisierung**:	47 %
HDI (Human Development Index)**:	0,538 = 135. Stelle von 177
GDI (Gender-related Development Index)**:	Nicht verfügbar
BIP*:	843,7 Mio. USD
Jährliches Wachstum des BIP*:	6,1 %
BNE*:	798,2 Mio. USD
BNE pro Kopf*:	1,250 USD
Armut**:	Nicht verfügbar
Bevölkerung mit Zugang zu sauberem Wasser**:	70 %

* Weltbank: World Development Indicators Database 2007

** UNDP: Human Development Report 2006

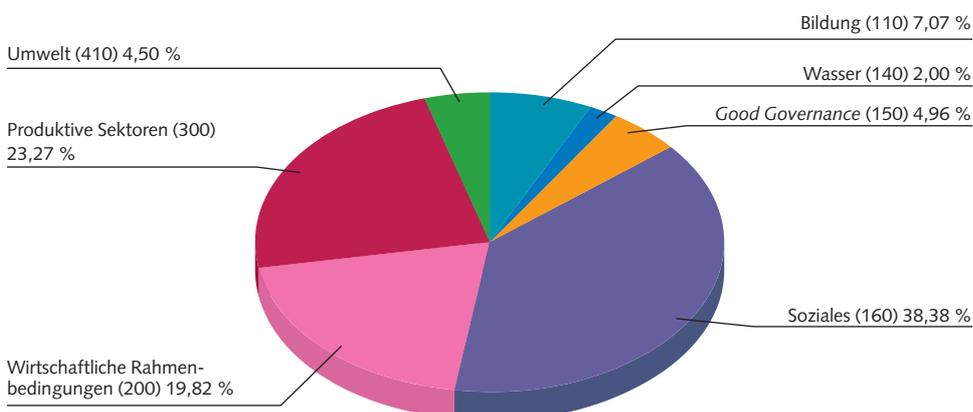


Entwicklungspolitik im Kontext

Das Königreich Bhutan mit seinen etwas mehr als 670.000 EinwohnerInnen befindet sich in einer radikalen Umbruchsphase: 2008 wird erstmals in der Geschichte des Landes eine Verfassung in Kraft treten, nationale Wahlen zur Aufstellung des Parlaments werden abgehalten, zu der auch Parteien und unabhängige NRO zugelassen sind. Minderheitenrechte sind in der Verfassung nicht vorgesehen, weshalb es fraglich bleibt, inwieweit Bhutan eine Lösung in der Frage der ca. 100.000 nepalstämmigen Flüchtlinge forcieren wird. Die Demokratisierung wurde durch eine Dezentralisierung vorbereitet, wobei Ressourcen und Entscheidungsmechanismen auf die lokale Ebene verlagert wurden. Dieser Prozess spiegelt sich auch in der Erstellung des 10. Fünf-Jahres-Plans, der Grundlage für die staatlich gelenkte Entwicklung des Landes und *Poverty Reduction Strategy Paper*, wider. Schwerpunkt ist die Stärkung der ländlichen Gebiete. Um die zunehmende Landflucht zu unterbinden, wurden Dörfer und Provinzen in die Planung eingebunden und konnten ihre Prioritäten auf lokaler Ebene selbst definieren.

Schwerpunkte der Zusammenarbeit

- Energie
- Tourismus
- Erhaltung von kulturellem Erbe (Klosterburg Trongsa Dzong)
- Hochgebirgsökologie (verbesserte Nutzung und Schutz von Nadelwäldern)



SEKTORIELLE VERTEILUNG DER OEZA AN BHUTAN 2006

„Wirtschaftliche Rahmenbedingungen“ enthält im Fall Bhutan zur Gänze Leistungen im Sektor „Energie“. „Produktive Sektoren“ enthält hier die Sektoren „Tourismus“ und in geringerem Ausmaß „Forstwirtschaft“.

Sektor Energie

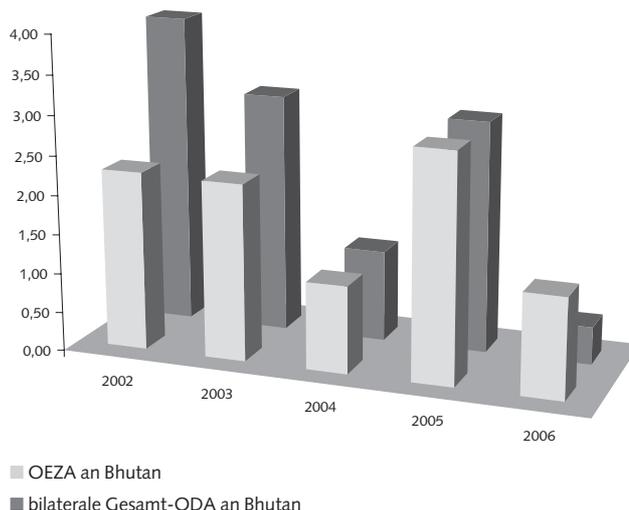
Die Basis der ausgezeichneten Zusammenarbeit im Energiesektor bildet das mit Bhutan gemeinsam erstellte Energie-Sektor-Programm (2005–2007). Der größte Erfolg ist der klaglose Vollbetrieb der Kraftwerksgruppe Basochhu mit seiner lokalen Betriebsmannschaft seit Inbetriebnahme. 2006 wurde die Machbarkeitsstudie für das geplante Wasserkraftwerk Dagachhu fertiggestellt, und auch die Ausbildung des *Department of Energy* für die Erstellung von Projekten im Rahmen des *Clean Development Mechanism* konnte nahezu abgeschlossen werden. Für das Kleinkraftwerk Rangjung, das Rückgrat der elektrischen Versorgung der östlichsten Distrikte, wurden Ersatzteile beschafft und ein Trainingsprogramm zur Instandhaltung aufgenommen. Ein weiterer Bereich der Kooperation ist die Erforschung und Implementierung effizienter Holzöfen bzw. solarthermischer Anlagen zur Warmwasserbereitung. 2006 wurden Pilotanlagen – energieeffizientere Öfen sowie eine solare Wassererwärmungsanlage in der Hauptstadt Thimphu – technisch evaluiert, aber auch deren Kompatibilität mit traditionellen Lebensgewohnheiten überprüft.

Nach dem geltenden 9. Fünfjahresplan sollen bis Mitte 2008 etwa 15.000 Haushalte an das Elektrizitätsnetz angeschlossen werden. Dies entspricht einem Versorgungsgrad von 52 Prozent.



Elektrifizierung

Nach vier erfolgreichen Projekten ländlicher Elektrifizierung mit 1571 an das Stromnetz angeschlossenen Haushalten wurde 2006 ein Projekt für weitere 100 Haushalte gestartet. Allen bisherigen Projekten gelang es, mehr Haushalte als ursprünglich geplant zu elektrifizieren. Eine Evaluierung der Auswirkungen von Elektrifizierung auf das Leben der Menschen ergab eine wesentliche Verbesserung der Gesundheitssituation, individuelle Zeitersparnisse, die zu zusätzlichen ökonomischen und sozialen Aktivitäten führen, ein stärkeres Bewusstsein über die Wichtigkeit von Investitionen in der Landwirtschaft. Dies alles macht das Leben im Dorf attraktiver, insbesondere für jüngere Menschen, und trägt wesentlich zu einer Verringerung der Abwanderung junger, ausgebildeter Arbeitskräfte in städtische Bereiche bei.



OEZA UND BILATERALE ODA ÖSTERREICHS AN BHUTAN

Netto-Auszahlungen
in Mio. Euro

Im Jahr 2006 ergibt sich für die Gesamt-ODA Österreichs an Bhutan ein niedrigerer Wert als für die OEZA-Leistungen. Der Grund hierfür liegt in der Tilgung eines ERP-Kredits im Energiesektor. Diese muss gemäß den statistischen Richtlinien des OECD/DAC von der ODA in Abzug gebracht werden (Nettoprinzip der ODA).

In der Zeitreihe der bilateralen Gesamt-ODA gibt es mit dem Jahr 2006 einen Bruch, da Aufwendungen für AsylwerberInnen ab der Statistik 2006 nicht mehr dem Herkunftsland der AsylwerberInnen zugerechnet, sondern unter Kosten im Geberland subsumiert werden.

Öffentliche Entwicklungshilfeleistungen

- ODA Österreichs an Bhutan 1995–2006: 54,83 Mio. Euro
- OEZA (PPH) an Bhutan 1995–2006: 38,11 Mio. Euro

ODA Österreichs an Bhutan in Mio. Euro

	2002	2003	2004	2005	2006
bilaterale ODA gesamt in Mio. Euro an Bhutan	3,96	3,05	1,16	2,94	0,48
in % der bilateralen Gesamt-ODA	1,02	1,51	0,41	0,30	0,05
OEZA an Bhutan in Mio. Euro	2,27	2,25	1,11	2,89	1,28
OEZA an Bhutan in % der ges.					
OEZA-Leistungen (ODA)	3,21	3,35	1,52	3,41	1,35

Im Jahr 2006 ergibt sich für die Gesamt-ODA Österreichs an Bhutan ein niedrigerer Wert als für die OEZA-Leistungen. Der Grund hierfür liegt in der Tilgung eines ERP-Kredites im Energiesektor. Diese muss gemäß den statistischen Richtlinien des OECD/DAC von der ODA in Abzug gebracht werden.

Internationale ODA an Bhutan

	2003	2004	2005
erhaltene ODA gesamt netto (in Mio. USD)	77	78	90
in % des BNE	12,9	10,9	11,0
davon ODA Österreichs (in Mio. USD)	3,4	1,4	3,7

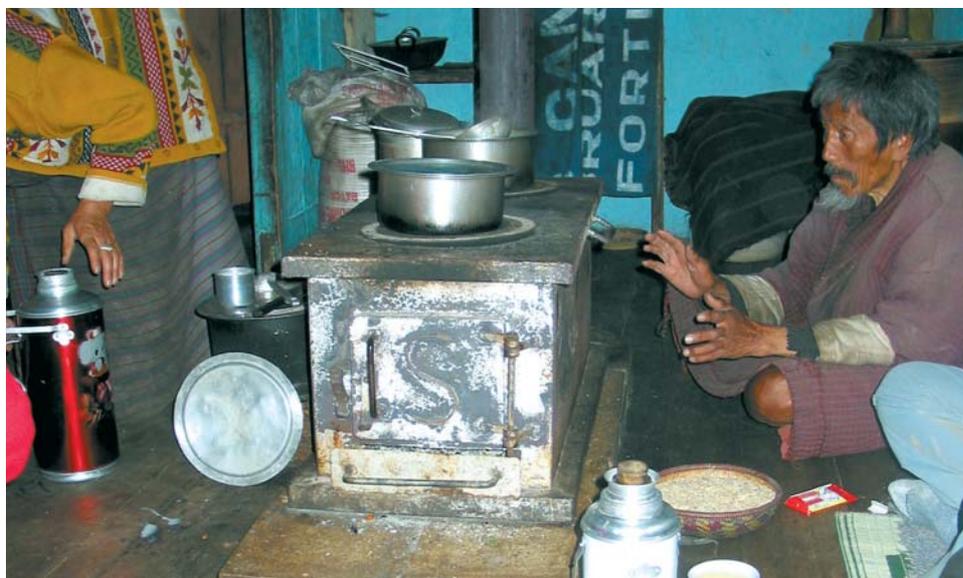
* Quelle: OECD: Aid at a glance, aid chart Bhutan (www.oecd.org) und OEZA-Statistik
Die Angaben von OECD entsprechen dem Stand August 2007 und ersetzen früher publizierte Werte.

ODA an Bhutan: Hauptgeber in Mio. USD*

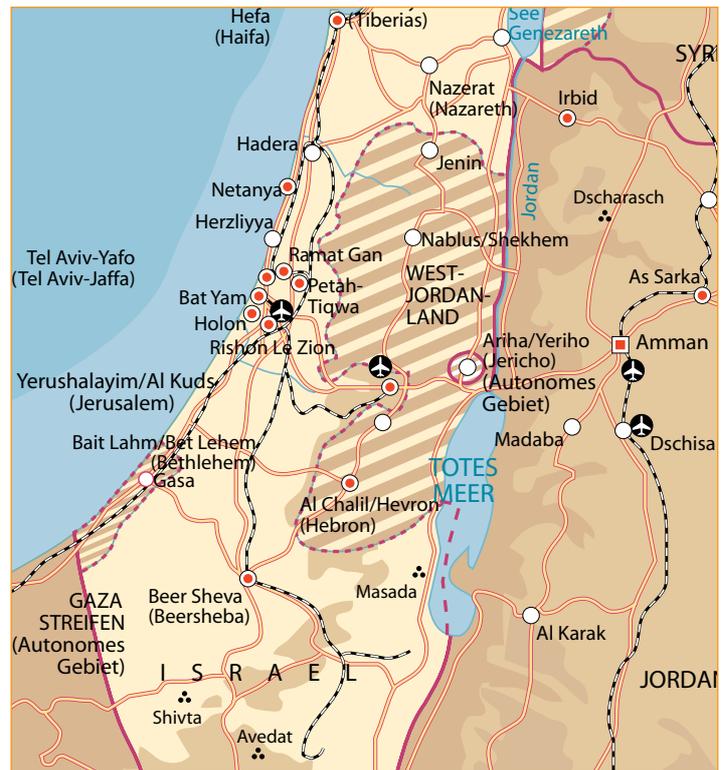
Durchschnitt 2004–2005

Dänemark	18,2
Japan	13,7
Niederlande	10,3
Asiatischer Entwicklungsfonds	9,7
IDA	9,5

* Quelle: OECD: Aid at a glance, aid chart Bhutan (www.oecd.org)



PALÄSTINENSISCHE GEBIETE



Basisdaten

Staatsform:	Teilweise Selbstverwaltung unter israelischer Besatzung
Oberhaupt der Paläst. Autonomiebehörde:	Mahmoud Abbas (Abu Mazen)
Regierungschef:	Ismail Haniyeh
Außenminister:	Ziad Abu Amr
Fläche:	West Bank: 5.655 km ² , Ostjerusalem: 70 km ² Gaza Streifen: 365 km ² , insgesamt: 6.090 km ²
Bevölkerung***:	3,6 Mio.
Bevölkerungswachstum***:	3,0 %
Alphabetisierung***:	Frauen: 88,0 %; Männer: 96,7 %
Lebenserwartung***:	Frauen: 74,2 Jahre; Männer 71,1 Jahre
HDI (Human Development Index)***:	0,736; 100. Stelle von 177
BIP (Schätzung 2006)**:	4,4 Mrd. USD
Jährliches Wachstum des BIP (Schätzung 2006)*:	6–10 %
BNE pro Kopf (Schätzung 2006)**:	1,130 USD/Jahr (-50 % gegenüber 2000)
Armut****:	66 % (88% im Gaza Streifen)

* Daten aus United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA):

"A Year of Decline: The Financial and Institutional Status of the Palestinian Authority" April 2007

** INTERNATIONAL MONETARY FUND – THE WORLD BANK

WEST BANK AND GAZA, ECONOMIC DEVELOPMENTS IN 2006 – A FIRST ASSESSMENT, MARCH 2007

*** UNDP: Human Development Report 2006

**** United Nations: "Consolidated Appeals Process (CAP) 2007" for the Occupied Palestinian Territories – figures as of September 2006



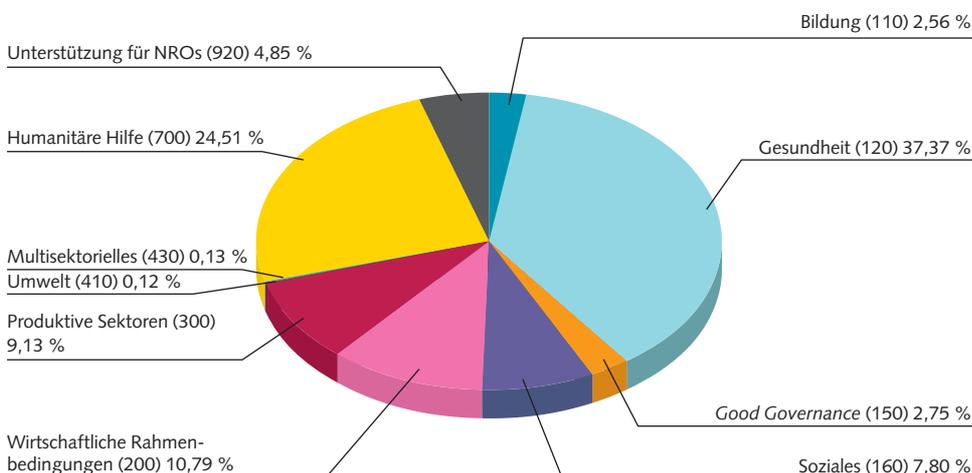
Entwicklungspolitik im Kontext

Die Parlamentswahlen im Jänner 2006 führten zu einem für alle Beobachter überraschenden Wahlerfolg der Hamas, die von der EU als terroristisch eingestuft wurde. In der Folge kam es zur Einbehaltung der palästinensischen Zoll- und Steuereinnahmen durch die israelische Regierung, die 50 bis 60 Prozent der Budgeteinnahmen betragen, sowie zu einer Aussetzung der direkten Kooperation mit der Regierung der Palästinensischen Autonomiebehörde durch die westlichen Geberstaaten. Die palästinensische Wirtschaft schrumpfte allein 2006 um ca. 27 Prozent, die Arbeitslosigkeit in den palästinensischen Gebieten stieg von 21 auf 30 Prozent und die Armut von 23 auf 67 Prozent. Fast die Hälfte der Bevölkerung ist von Nahrungsmittelhilfe abhängig. Der *Mid-Term Development Plan 2005–2007* ist durch die politisch schwierige Situation in den Hintergrund gerückt. Die Zusammenarbeit wird von Nothilfemaßnahmen und humanitären Projekten dominiert, die in enger Kooperation mit Präsident Abbas einen völligen Zusammenbruch der palästinensischen Institutionen verhindern sollen.

Das Ziel der OEZA in den palästinensischen Gebieten ist die Unterstützung der Etablierung eines souveränen, unabhängigen und demokratischen palästinensischen Staats im Einklang mit der EU-unterstützten *Roadmap* und relevanten VN-Resolutionen.

Schwerpunkte der Zusammenarbeit

- Gesundheitsbereich
- Wassersektor (erste Meerwasserentsalzungsanlage im mittleren Gaza Streifen)
- *Good Governance* und Menschenrechte (Zusammenarbeit mit NRO und UNRWA)



SEKTORIELLE VERTEILUNG DER OEZA AN DIE PALÄSTINENSISCHEN GEBIETE 2006

„Wirtschaftliche Rahmenbedingungen“ enthält zur Gänze Leistungen im Sektor „Kommunikation“.
 „Produktive Sektoren“ enthält v. a. Leistungen im Sektor „Landwirtschaft“ und in geringerem Ausmaß „Tourismus“.

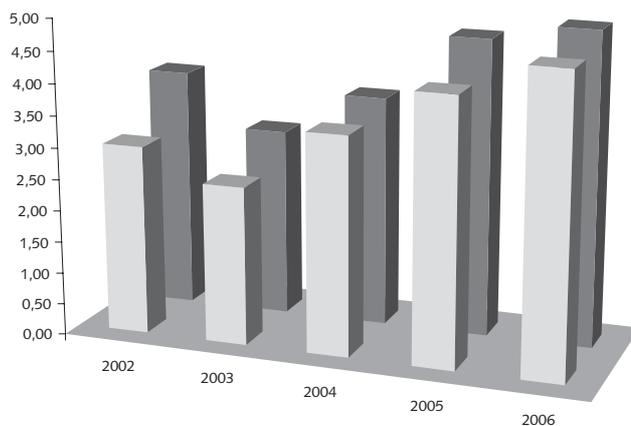
Sektor Gesundheit

Die OEZA nimmt im Bereich der Prävention chronischer Krankheiten eine Schlüsselrolle in den besetzten Palästinensischen Gebieten ein. Seit 2000 arbeitet Österreich mit der palästinensischen Gesundheitsorganisation *Palestinian Medical Relief Services* zusammen, um ein Modell aufzubauen, das auch auf die nationalen Institutionen sowie andere Gesundheitsinstitutionen übertragen werden kann. Komplementär zum Engagement im Bereich der chronischen Krankheiten unterstützt die OEZA im Rahmen des Aufbaus und der Erhaltung palästinensischer Institutionen auch Infrastrukturmaßnahmen (z. B. eine Klinik in der Altstadt von Ostjerusalem). Im Rahmen des *Temporary International Mechanism* der EU trägt die OEZA zur Versorgung palästinensischer Krankenhäuser mit lebenswichtigen Medikamenten bei.



Diagnostik und Behandlung von chronischen Krankheiten

In der Zusammenarbeit mit der *Palestinian Medical Relief Society* (PMRS) wird ein Programm zur Früherkennung und zum Management chronischer Krankheiten durchgeführt. Bisherige Ergebnisse des Projekts sind die Ausbildung von Ärzten und Krankenschwestern sowie Mitarbeiter des *Palestinian Medical Relief Services* in der Diagnostik und im Management von chronischen Krankheiten (in der laufenden Projektphase bisher 126 Ärzte, 187 Krankenschwestern und andere PMRS MitarbeiterInnen) und die Etablierung eines Referenzsystems, in dessen Zentrum das *Chronic Disease Center* in Ramallah steht. Weiters wurden Informationsveranstaltungen zur Vorbeugung chronischer Krankheiten abgehalten und ein nationales Komitee zur Bekämpfung chronischer Krankheiten etabliert.



OEZA UND BILATERALE ODA ÖSTERREICHS AN DIE PALÄSTINENSISCHEN GEBIETE

Netto-Auszahlungen in Mio. Euro

In der Zeitreihe der bilateralen Gesamt-ODA gibt es mit dem Jahr 2006 einen Bruch, da Aufwendungen für AsylwerberInnen ab der Statistik 2006 nicht mehr dem Herkunftsland der AsylwerberInnen zugerechnet, sondern unter Kosten im Geberland subsummiert werden.

- OEZA an die palästinensischen Gebiete
- bilaterale Gesamt-ODA an die palästinensischen Gebiete

Öffentliche Entwicklungshilfeleistungen

- ODA Österreichs an Palästina 1995–2006: 42,22 Mio. Euro
- OEZA (PPH) an Palästina 1995–2006: 31,48 Mio. Euro

ODA Österreichs an Palästina in Mio. Euro

	2002	2003	2004	2005	2006
bilaterale ODA gesamt in Mio. Euro an Palästina	3,82	2,99	3,66	4,70	4,95
in % der bilateralen Gesamt-ODA	0,99	1,48	1,29	0,47	0,57
OEZA an Palästina in Mio. Euro	3,00	2,50	3,46	4,20	4,69
OEZA an Palästina in % der ges. OEZA-Leistungen (ODA)	4,24	3,73	4,75	4,96	4,95

Internationale ODA an Palästina

	2003	2004	2005
erhaltene ODA gesamt netto (in Mio. USD)	972	1.136	1.102
in % des BNE	25,3	-	-
davon ODA Österreichs (in Mio. USD)	3,4	4,6	5,8

* Quelle: OECD: Aid at a glance, Aid chart Palestine (www.oecd.org) und OEZA-Statistik
Die Angaben von OECD entsprechen dem Stand August 2007 und ersetzen früher publizierte Werte.

ODA an Palästina: Hauptgeber in Mio. USD*

Durchschnitt 2004–2005

UNRWA	290
Vereinigte Staaten	227
Europäische Kommission	197
Norwegen	64
Schweden	38

* Quelle: OECD: Aid at a glance, Aid chart Palestine (www.oecd.org)







Schwerpunktregion

Südosteuropa/ Westbalkan

Trotz beachtlicher Erfolge im Zuge der wirtschaftlichen Transformation und Demokratisierung ist Südosteuropa weiterhin eine politisch instabile und wirtschaftlich schwache Region. Die OEZA-Ost unterstützt die Länder Südosteuropas daher bei ihren Bemühungen um EU-Integration, Transformation und langfristigen Frieden.

Programme und Projekte werden vor allem in den Bereichen Bildung, Umwelt, Wasser und Energie sowie Rechtsstaatlichkeit und Zivilgesellschaft umgesetzt. Ein weiterer Schwerpunkt sind Wirtschaft und Beschäftigung. Zielsetzung ist dabei vor allem die Schaffung von Beschäftigung und Einkommen, die Stärkung von Produktionskapazitäten, die Entwicklung des privaten Sektors und die Verbesserung der Infrastruktur als Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung.

Die OEZA nützt Synergiepotenziale mit der österreichischen Wirtschaft. Regionale Kooperationsansätze sind ebenfalls ein wichtiger Bestandteil der OEZA-Strategie in Südosteuropa. Der wichtigste internationale Koordinierungsrahmen für regionale Projekte ist der Stabilitätspakt für Südosteuropa.

ALBANIEN



Basisdaten

Unabhängigkeit:	28. November 1912
Staatsform:	Republik
Staatsoberhaupt:	Alfred Moisiu
Regierungschef:	Sali Berisha
Außenminister:	Besnik Mustafaj
Fläche*:	28.750 km ²
Bevölkerung**:	3,1 Mio.
Bevölkerungswachstum**:	0,9 %
Lebenserwartung**:	Frauen: 76,9 Jahre; Männer: 71,1 Jahre
Alphabetisierung**:	Frauen: 98,3 %; Männer: 99,2 %
HDI (Human Development Index)**:	0,784; 73. Stelle von 177
GDI (Gender-related Development Index)**:	0,780; 59. Stelle von 136
BIP*:	8,4 Mrd. USD
Jährliches Wachstum des BIP*:	5,5 %
BNE*:	8,0 Mrd. USD
BNE pro Kopf*:	2.570 USD
Armut**:	25,4 %
Bevölkerung mit Zugang zu sauberem Wasser:	96 %

* Weltbank: World Development Indicators Database 2007

** UNDP: Human Development Report 2006

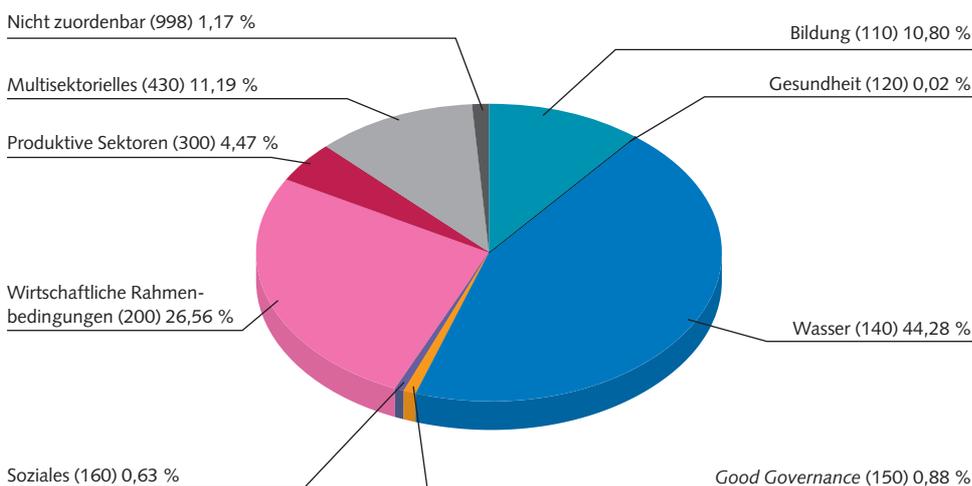


Entwicklungspolitik im Kontext

Mit einem durchschnittlichen Wachstum von 5,8 Prozent im Jahr 2006 war Albanien das Land mit dem höchsten Wirtschaftswachstum der Region. Dennoch ist die Situation in Albanien durch ein zunehmendes Gefälle zwischen Arm und Reich, entwickelten und unterentwickelten Regionen sowie eine schlechte Sozial- und Gesundheitsversorgung seitens des Staates gekennzeichnet. Hauptziele der amtierenden Regierung sind die Verbesserung der Infrastruktur, die Schaffung eines investitionsfreundlichen Wirtschaftsklimas sowie der Kampf gegen die organisierte Kriminalität und Korruption. Albanien strebt die volle Integration in die EU an. Mit der Unterzeichnung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens wurden die bisherigen Reformanstrengungen Albanien von der EU gewürdigt. Die *National Strategy for Social and Economic Development* bildete von 2001 bis 2006 den Rahmen für die Armutsbekämpfung und Stärkung der Regierungsstrukturen. Das *Integrated Planning System*, eine Umsetzungsstrategie, wurde 2005 angenommen.

Schwerpunkte der Zusammenarbeit

- Energie und Wasser in Nord-Albanien
- Bildung und Ausbildung
- Regionalentwicklung



SEKTORIELLE VERTEILUNG DER OEZA AN ALBANIEN 2006

„Wirtschaftliche Rahmenbedingungen“ enthält für Albanien zur Gänze Leistungen im Sektor „Energie“.
 „Produktive Sektoren“ enthält Leistungen im Sektor „Landwirtschaft“.

Sektor Wasser

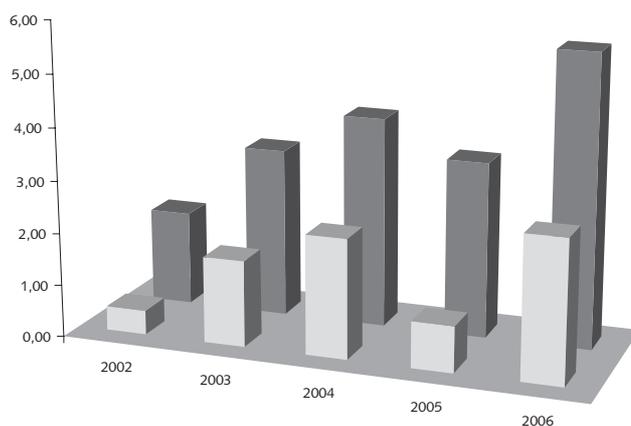
Wasserinfrastruktur als Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität, Armutsminderung, Schutz der Umwelt und wirtschaftlichen Entwicklung des Landes stellt einen zentralen Interventionssektor der OEZA in Albanien dar, der seit 1998 von der OEZA gezielt unterstützt wird. 2006 war die OEZA in vier Gemeinden in der Rehabilitation existierender und der Konstruktion neuer Wasserinfrastruktur involviert, wobei ein Fokus auf die Region Shkodra See in Nordalbanien gelegt wurde.

Die Sektorstrategie für Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, die 2003 durch die Regierung Albaniens verabschiedet wurde, ist das wichtigste Regulativ im Wassersektor. Die Indikatoren im Wassersektor haben sich in den letzten Jahren deutlich verbessert: Der Anteil der Bevölkerung mit Zugang zu Trinkwasser ist von 50 Prozent im Jahr 1990 auf 78 Prozent im Jahr 2006 angestiegen, jener mit Anschluss an Abwasserentsorgung von 25 auf 50 Prozent.



Wasserversorgung Shkodra

Seit 1995 investierte die OEZA 6,8 Millionen Euro in die Verbesserung der Wasserinfrastruktur der Stadt Shkodra mit 110.000 EinwohnerInnen in Nordalbanien. Im Vordergrund standen die Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser, aber auch die Attraktivität der Stadt als Wirtschaftsstandort. Ausgehend von Sofortmaßnahmen wurden in insgesamt vier Phasen die Wasserförderung verbessert und das Wasserversorgungsnetz rehabilitiert, Wasserzähler installiert und die Bevölkerung im verantwortungsvollen Umgang mit Wasser geschult sowie ein Kommunalbetrieb aufgebaut. Damit ist die Basis für eine nachhaltige Wasserversorgung und den kostendeckenden Betrieb des Systems geschaffen. Durch die OEZA-Intervention wurde die Wasserversorgung von drei Stunden pro Tag 1998 auf 24 Stunden pro Tag 2006 verlängert. Aufgrund von Maßnahmen im Kanalsystem der Stadt wird seitdem das Stadtzentrum von häufigen Überflutungen verschont. Während der Vorbereitung und Implementierung des Projekts wurde die Gleichbehandlung der verschiedenen Bevölkerungsgruppen beachtet, so zum Beispiel der sozial besonders benachteiligten Gruppe der Roma.



OEZA UND BILATERALE ODA ÖSTERREICHS AN ALBANIEN

Netto-Auszahlungen
in Mio. Euro

In der Zeitreihe der bilateralen Gesamt-ODA gibt es mit dem Jahr 2006 einen Bruch, da Aufwendungen für AsylwerberInnen ab der Statistik 2006 nicht mehr dem Herkunftsland der AsylwerberInnen zugerechnet, sondern unter Kosten im Geberland subsummiert werden.

■ OEZA an Albanien
■ bilaterale Gesamt-ODA an Albanien

Öffentliche Entwicklungshilfeleistungen

- ODA Österreichs an Albanien 1995–2006: 56,44 Mio. Euro
- OEZA (PPH) an Albanien 1995–2006: 23,09 Mio. Euro

ODA Österreichs an Albanien in Mio. Euro

	2002	2003	2004	2005	2006
ODA gesamt in Mio. Euro an Albanien	1,82	3,25	4,03	3,37	5,57
in % der bilateralen ODA	0,47	1,61	1,42	0,34	0,64
OEZA an Albanien in Mio. Euro	0,47	1,65	2,28	0,88	2,72
OEZA an Albanien in % der ges. OEZA Leistungen (ODA)	0,66	2,46	3,13	1,04	2,87

Internationale ODA an Albanien

	2003	2004	2005
erhaltene ODA gesamt netto (in Mio. USD)	349	299	319
in % des BNE	6,0	3,9	3,7
davon ODA Österreichs (in Mio. USD)	3,7	5,0	4,2

* Quelle: OECD: Aid at a glance, aid chart Albania (www.oecd.org) und OEZA-Statistik
Die Angaben von OECD entsprechen dem Stand August 2007 und ersetzen früher publizierte Werte.

ODA an Albanien: Hauptgeber in Mio. USD*

Durchschnitt 2004–2005

Europäische Kommission	61
IDA	50
Vereinigte Staaten	41
Deutschland	29
Griechenland	22

* Quelle: OECD: Aid at a glance, aid chart Albania (www.oecd.org)



BOSNIEN UND HERZEGOWINA



Basisdaten

Unabhängigkeit:	Ausrufung am 9. Jänner 1992
Staatsform:	Demokratischer Bundesstaat
Staatsoberhaupt/-präsidium:	Ivo Miro Jović, Sulejman Tihić, Borislav Paravac
Regierungschef:	Adnan Terzic
Außenminister:	Sven Alkalaj
Hoher Repräsentant:	Christian Schwarz-Schilling
Fläche*:	51.210 km ²
Bevölkerung**:	3,9 Mio.
Bevölkerungswachstum**:	0,1 %
Lebenserwartung**:	Frauen: 77,0 Jahre; Männer: 71,5 Jahre
Alphabetisierung**:	Frauen: 94,4 %; Männer: 99,0 %
HDI (Human Development Index)**:	0,800; 62. Stelle von 177
GDI (Gender-related Development Index)**:	Nicht verfügbar
BIP*:	9,9 Mrd. USD
Jährliches Wachstum des BIP*:	5 %
BNE*:	10,5 Mrd. USD
BNE pro Kopf*:	2.700 USD
Armut**:	19,5 %
Bevölkerung mit Zugang zu sauberem Wasser**:	97 %

* Weltbank: World Development Indicators Database 2007

** UNDP: Human Development Index 2006



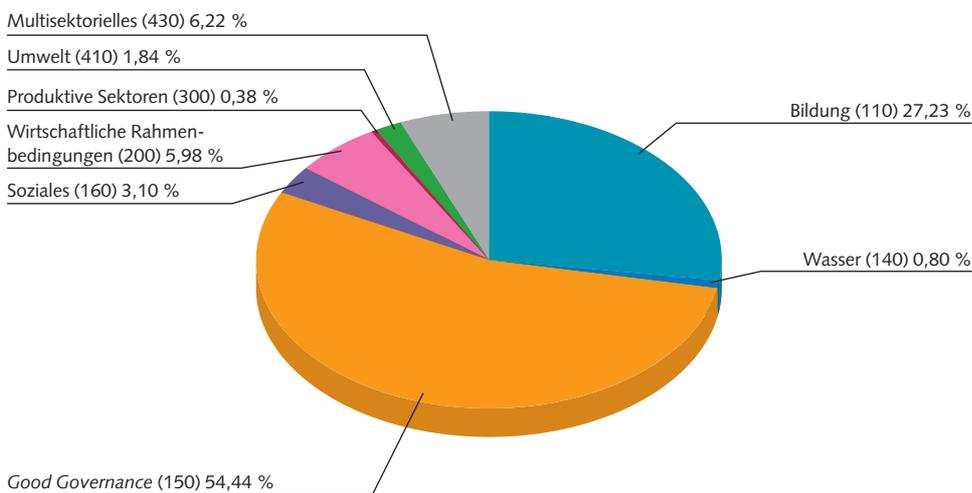
Entwicklungspolitik im Kontext

Die Gesamtverantwortung für die politisch-zivile Implementierung des Friedensabkommens in Bosnien und Herzegowina liegt auch 2007 noch beim Hohen Repräsentanten der VN. Diesem übergeordnet wurde ein Lenkungsausschuss eingerichtet, der Vertreter aus 55 Ländern und Behörden eint (*Peace Implementation Council*). Eine neue Präsidentschaft für die nächsten vier Jahre mit drei Mitgliedern, die Präsidentschaft der Republik Srpska sowie das staatliche und kantonale Parlament wurden gewählt. Die Wahlbeteiligung lag bei 52,74 Prozent.

Der volle EU-Beitritt ist erklärtes Ziel aller Regierungen und der Bevölkerung Bosnien und Herzegowinas und stellt zweifellos den wichtigsten mobilisierenden Faktor im Land dar. 2000 wurde von der EU der „Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess“ ins Leben gerufen. Bosnien und Herzegowina verabschiedete im März 2004 sein umfassendes Entwicklungsprogramm: die so genannte *Mid Term Development Strategy/Poverty Reduction Strategy Paper* (PRSP 2004–2007). Die Kernbereiche umfassen u. a. die Stärkung der makroökonomischen Stabilität, des Finanzsektors und des Privatsektors, die Verbesserung der Rahmenbedingungen für lokale und ausländische Investitionen, intensivierte Privatisierungs- und Antikorruptionsbemühungen, höhere Beschäftigungszahlen, eine Verbesserung des Sozialsystems, die Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsraums und die Angleichung an EU-Standards.

Schwerpunkte der Zusammenarbeit

- Modernisierung des Bildungswesens
- Wirtschaft und Beschäftigung
- Stärkung gesamtstaatlicher Institutionen



SEKTORIELLE VERTEILUNG DER OEZA AN BOSNIEN UND HERZEGOWINA 2006

„Wirtschaftliche Rahmenbedingungen“ enthält für Bosnien und Herzegowina zur Gänze Leistungen im Sektor „Energie“. „Produktive Sektoren“ enthält Leistungen im Sektor „Industrie/Gewerbe“.

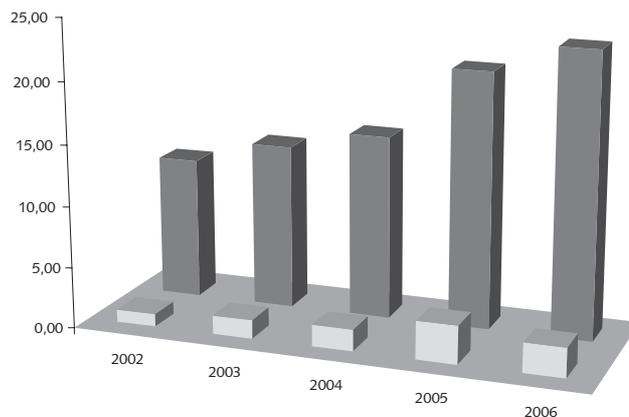
Sektor Bildung

Ein funktionierendes Bildungssystem ist Voraussetzung für nachhaltigen wirtschaftlichen Aufschwung und politische Stabilität. Das Bildungssystem in Bosnien und Herzegowina ist in einem kritischen Zustand und erfüllt seine Aufgaben in vielen Bereichen nicht einmal ansatzweise: Es gibt kein mit ausreichenden Kompetenzen ausgestattetes Ministerium, das befugt oder in der Lage wäre, die Zukunft des Bildungssystems für das gesamte Land strategisch zu planen und die notwendige Einbettung in die europäischen Bildungsstrukturen vorzubereiten. Die OEZA unterstützt die umfassende Modernisierung des Bildungswesens in Bosnien und Herzegowina und trägt zur Umsetzung der einschlägigen europäischen Standards (Bologna-Prozess, Lissabon-Konvention) sowie zur Vernetzung bosnisch-herzegowinischer Institutionen mit relevanten Partnern in Österreich und in der EU bei. So wurde 2006 die Verabschiedung eines Hochschulgesetzes vorbereitet.



Zusammenarbeit mit den Universitäten

Die Kooperation ist das Herzstück der Österreichischen Ostzusammenarbeit mit Bosnien und Herzegowina. Sie besteht aus den Komponenten *Course Development Programme+* (Grants für die Weiterentwicklung von Lehrplänen), *Balkan Case Challenge* (jährlicher Fallstudienwettbewerb), *Brain Gain Programme* (Unterstützung für GastprofessorInnen aus Bosnien und Herzegowina in Österreich, in ihrem Herkunftsland zu unterrichten) und *e-learning* Programmen. Durch diese Projekte hat Österreich einen unabhängigen Prozess zur Modernisierung des Unterrichts, Überarbeitung und Harmonisierung der Studienpläne an den Universitäten ins Rollen gebracht.



OEZA UND BILATERALE ODA ÖSTERREICHS AN BOSNIEN UND HERZEGOWINA

Netto-Auszahlungen
in Mio. Euro

In der Zeitreihe der bilateralen Gesamt-ODA gibt es mit dem Jahr 2006 einen Bruch, da Aufwendungen für AsylwerberInnen ab der Statistik 2006 nicht mehr dem Herkunftsland der AsylwerberInnen zugerechnet, sondern unter Kosten im Geberland subsummiert werden.

- OEZA an Bosnien und Herzegowina
- bilaterale Gesamt-ODA an Bosnien und Herzegowina

Öffentliche Entwicklungshilfeleistungen

- ODA Österreichs an Bosnien und Herzegowina 1995–2006: 378,95 Mio. Euro
- OEZA (PPH) an Bosnien und Herzegowina 1995–2006: 54,23 Mio. Euro

ODA Österreichs an Bosnien und Herzegowina in Mio. Euro

	2002	2003	2004	2005	2006
ODA gesamt in Mio. Euro an Bosnien	11,56	13,46	14,97	20,87	23,16
in % der bilateralen ODA	2,99	6,65	5,27	2,10	2,66
OEZA an Bosnien in Mio. Euro	1,02	1,53	1,76	3,10	2,41
OEZA an Bosnien in % der ges. OEZA Leistungen (ODA)	1,45	2,27	2,41	3,66	2,54

Internationale ODA an Bosnien und Herzegowina

	2003	2004	2005
erhaltene ODA gesamt netto (in Mio. USD)	540	684	546
in % des BNE	7,4	7,8	5,7
davon ODA Österreichs (in Mio. USD)	15,2	18,6	25,9

* Quelle: OECD: Aid at a glance, aid chart Bosnia and Herzegovina (www.oecd.org) und OEZA-Statistik
Die Angaben von OECD entsprechen dem Stand August 2007 und ersetzen früher publizierte Werte.

ODA an Bosnien und Herzegowina: Hauptgeber in Mio. USD*

Durchschnitt 2004–2005

Europäische Kommission	145
IDA	132
Vereinigte Staaten	54
Schweden	40
Deutschland	30

* Quelle: OECD: Aid at a glance, aid chart Bosnia and Herzegovina (www.oecd.org)



MAZEDONIEN



Basisdaten

Unabhängigkeit:	8. September 1991 (von Jugoslawien)
Staatsform:	Republik
Staatsoberhaupt:	Branko Crvenkovski
Regierungschef:	Nikola Gruevski
Außenminister:	Antonio Milošoski
Fläche*:	25.710 km ²
Bevölkerung**:	2 Mio.
Bevölkerungswachstum**:	0,7 %
Lebenserwartung**:	Frauen: 76,5 Jahre; Männer: 71,5 Jahre
Alphabetisierung**:	Frauen: 94,1 %; Männer: 98,2 %
HDI (Human Development Index)**:	0,796; 66. Stelle von 177
GDI (Gender-related Development Index)**:	0,791; 54. Stelle von 136
BIP*:	5,8 Mrd. USD
Jährliches Wachstum des BIP*:	4 %
BNE*:	5,8 Mrd. USD
BNE pro Kopf*:	2.830 USD
Armut**:	Nicht verfügbar
Bevölkerung mit Zugang zu sauberem Wasser**:	Nicht verfügbar

* Weltbank: World Development Indicators Database 2007

** UNDP: Human Development Report 2006

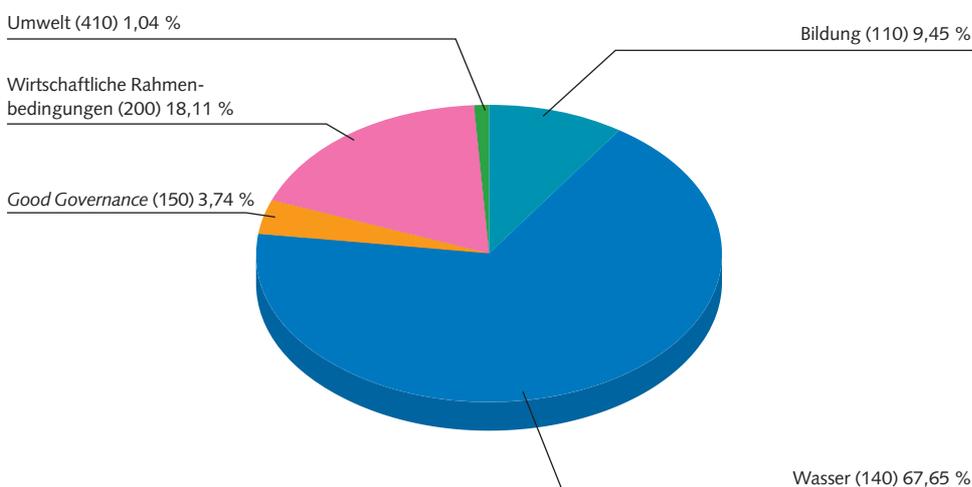


Entwicklungspolitik im Kontext

Mazedonien, das als erstes Land der Region über ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der EU verfügte, war Ende 2006 nach wie vor mit großen Herausforderungen konfrontiert. Entwicklungsrelevante Kernpunkte des Regierungsprogramms sind Stärkung der Rechtsstaatlichkeit, Kampf gegen die organisierte Kriminalität und Kooperation mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien, Reform der Verwaltung sowie Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Steigerungen von Inlands- und Auslandsinvestitionen. Eine besondere Herausforderung ist die harmonische Einbindung der albanischen Parteien sowie die Umsetzung gerechter Repräsentation der verschiedenen Bevölkerungsgruppen. 2006 wurde unter österreichischer Mithilfe mit der Erstellung des *Joint Inclusion Memorandums* begonnen. Die OEZA sieht in der Verringerung der regionalen Disparitäten in Mazedonien einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung und Konfliktprävention und auch zur nachhaltigen, sozial ausgewogenen wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. Dieses Anliegen verfolgte die OEZA auch 2006 konsequent durch Verbesserung der Infrastruktur im Bereich Umwelt, Wasser und Energie, Förderung der Bildung und Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

Schwerpunkte der Zusammenarbeit

- Wasser/Abwasser
- Energie
- Bildung (*Business Start-up Center*, Übungsfirmennetzwerke)
- Förderung wirtschaftlicher Rahmenbedingungen (Betreuung der *Foreign Direct Investment Agency*)



SEKTORIELLE VERTEILUNG DER OEZA AN MAZEDONIEN 2006

„Wirtschaftliche Rahmenbedingungen“ enthält im Fall Mazedoniens zur Gänze Leistungen im Sektor „Energie“.

Sektor Energie

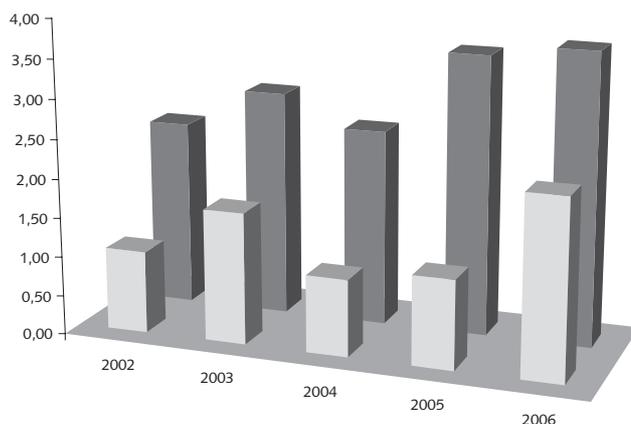
Im Energiesektor konzentriert sich die mazedonische Regierung u. a. auf die Verbesserung der Energieeffizienz und die Verwertung erneuerbarer Energien. Seit 1998 verfolgt die OEZA die Förderung des Potenzials erneuerbarer Energien und berät die zuständigen Behörden auch in einer Reihe strategischer Fragen im Rahmen der Reform des Energiesektors.

Die Unterstützung der OEZA im Bereich der Geothermie zielt auf das große wirtschaftliche Potenzial dieser Energieform in der Region Kocani, Ostmazedonien, ab. Mithilfe von österreichischem Know-how und Technologie wird das derzeit operierende unrentable System für die Beheizung von Glashäusern auf ein städtisches Fernheizsystem zur Heizung von öffentlichen Gebäuden und Wohnhäusern umgestellt. Im Bereich der Solarenergie unterstützt die OEZA Mazedonien beim Aufbau einer nationalen Produktionsschiene für Solaranlagen zur Warmwassergewinnung, der Einrichtung eines Test-Zentrums für Anlagen und Systeme, der Einführung eines Zertifizierungssystems sowie der Sensibilisierung der Bevölkerung im verantwortungsvollen Umgang mit Energie.



Solar Water Heaters Projekt

Die ausgezeichneten klimatischen Bedingungen und die ausbaufähigen Produktionskapazitäten sind eine Basis für die Förderung von Technologien zur Nutzung von Sonnenenergie. Die Schulung von Produzenten von solargetriebenen Anlagen zur Warmwassergewinnung auf Basis europäischer Standards ist eines der Hauptziele dieses Vorhabens. Ein neues Qualitätsprüfungszentrum wird lokal produzierte solarthermische Anlagen prüfen und kennzeichnen. Die Einführung eines Qualitätszertifikatssystems ist ein weiteres Ziel des Projekts, das unmittelbar die Wettbewerbsfähigkeit der mazedonischen Produzenten stärkt. Einzelne Demonstrationsanlagen werden in öffentlichen Einrichtungen wie Spitälern, Kindergärten etc. errichtet.



OEZA UND BILATERALE ODA ÖSTERREICHS AN MAZEDONIEN

Netto-Auszahlungen in Mio. Euro

In der Zeitreihe der bilateralen Gesamt-ODA gibt es mit dem Jahr 2006 einen Bruch, da Aufwendungen für AsylwerberInnen ab der Statistik 2006 nicht mehr dem Herkunftsland der AsylwerberInnen zugerechnet, sondern unter Kosten im Geberland subsummiert werden.

- OEZA an Mazedonien
- bilaterale Gesamt-ODA an Mazedonien

Öffentliche Entwicklungshilfeleistungen

- ODA Österreichs an Mazedonien 1995–2006: 25,10 Mio. Euro
- OEZA (PPH) an Mazedonien 1995–2006: 13,40 Mio. Euro

ODA Österreichs an Mazedonien in Mio. Euro

	2002	2003	2004	2005	2006
ODA gesamt in Mio. Euro an Mazedonien	2,37	2,88	2,50	3,56	3,70
in % der bilateralen ODA	0,61	1,42	0,88	0,36	0,43
OEZA an Mazedonien in Mio. Euro	1,05	1,68	0,98	1,13	2,28
OEZA an Mazedonien in % der ges.					
OEZA Leistungen (ODA)	1,48	2,50	1,35	1,34	2,40

Internationale ODA an Mazedonien

	2003	2004	2005
erhaltene ODA gesamt netto (in Mio. USD)	266	250	230
in % des BNE	5,8	4,7	4,0
davon ODA Österreichs (in Mio. USD)	3,3	3,1	4,4

* Quelle: OECD: Aid at a glance, aid chart Macedonia (www.oecd.org) und OEZA-Statistik
Die Angaben von OECD entsprechen dem Stand August 2007 und ersetzen früher publizierte Werte.

ODA an Mazedonien: Hauptgeber in Mio. USD*

Durchschnitt 2004–2005

Europäische Kommission	69
Vereinigte Staaten	50
Niederlande	29
Deutschland	27
Norwegen	13

* Quelle: OECD: Aid at a glance, aid chart Macedonia (www.oecd.org)



SERBIEN INKL. KOSOVO



Basisdaten°

Staatsform:	Republik
Staatsoberhaupt:	Boris Tadic
Regierungschef:	Vojislav Kostunica
Außenminister:	Milan Parivodic
Fläche*:	102.200 km ²
Bevölkerung**:	10,5 Mio.
Bevölkerungswachstum**:	0,5 %
Lebenserwartung**:	Frauen: 75,8 Jahre; Männer: 71,1 Jahre
Alphabetisierung**:	Frauen: 94,1 %; Männer: 98,9 %
HDI (Human Development Index)**:	Nicht verfügbar
GDI (Gender-related Development Index)**:	Nicht verfügbar
BIP*:	26,2 Mrd. USD
Jährliches Wachstum des BIP*:	4,7
BNE*:	26,3 Mrd. USD
BNE pro Kopf*:	3.220 USD
Armut**:	Nicht verfügbar
Bevölkerung mit Zugang zu sauberem Wasser**:	93 %

* Weltbank: World Development Indicators Database April 2007

** UNDP: Human Development Report 2006

° Die Angaben zur Fläche und die statistischen Daten beziehen sich noch auf Serbien (inkl. Kosovo) und Montenegro zusammen.

Bis dato liegen noch keine getrennten Angaben vor



Entwicklungspolitik im Kontext

2006 stand für Serbien im Zeichen des Referendums über die zukünftige Verfassung sowie der immer intensiver werdenden Diskussion um den künftigen Status des Kosovo. Parlamentswahlen wurden für den 21. Jänner 2007 anberaumt. Die Verhandlungen betreffend den zukünftigen Status des Kosovos liefen in erster Linie auf technischer Ebene weiter. Zentrales Thema war die Frage der Zentralisierung, die von Belgrad, anders als Pristina, konzeptuell als Grundlage für die Autonomie der serbischen Gemeinden im Kosovo verstanden wird. Ansätze zu einer Einigung gab es in den Bereichen „religiöses Zusammenleben“ und „kulturelles Erbe“. Wesentliche Fragen der Restitution bzw. Eigentumsrechte/Privatisierungspolitik blieben offen. Für Spannungen sorgte in diesem Zusammenhang die Verabschiedung der serbischen Verfassung, die den Kosovo als integralen und untrennbaren Teil des serbischen Staatsgebiets definiert. Serbien wurde im Dezember 2006 in die *Partnership for Peace* der NATO aufgenommen. Ebenfalls positiv war die zunächst fragliche Teilnahme an dem 2006 in Bukarest unterzeichneten *Central European Free Trade Agreement*, mit dem erstmalig seit den politischen Umwälzungen in den 1990er Jahren eine Freihandelszone in ganz Südosteuropa geschaffen wird. Mit der EU besteht mangels Voraussetzungen noch kein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen.

Von Seiten der serbischen Regierung wird entlang des EU *Action Plan* für Serbien u. a. folgenden Bereichen zur Entwicklung des Landes Priorität eingeräumt: Reform der öffentlichen Institutionen, Stärkung der mit EU-Integration befassten öffentlichen Institutionen, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch arbeitsmarktorientierte Berufsbildung, Währungsstabilität und Inflations Eindämmung, Reform von Justizsystem und Wahlrecht, Kooperation mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien.

Schwerpunkte der Zusammenarbeit mit Serbien

- Wirtschaft und Entwicklung
- Bildung
- Wasser/Abwasser
- *Good Governance*
- Geografisch: Südserbien und die Vojvodina

Schwerpunkte im Kosovo

- Bildung
- Ländliche Entwicklung
- Privatsektorentwicklung

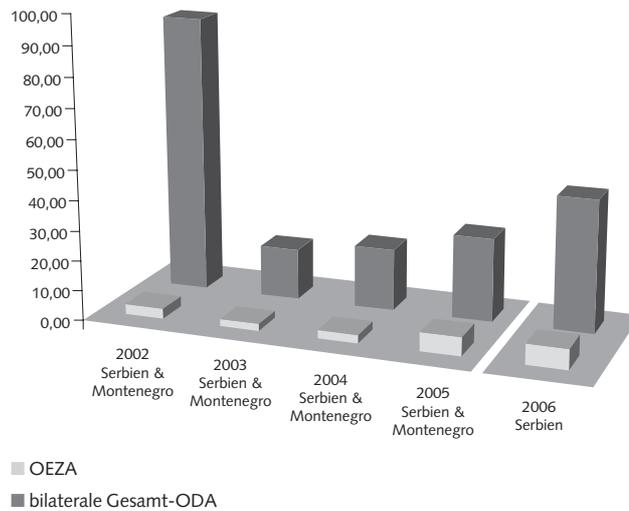
Sektor Wirtschaftlicher Wiederaufbau

Seit der demokratischen Wende im Oktober 2000 bemüht sich Serbien um wirtschaftlichen Wiederaufbau und Beseitigung der Folgen politischer und wirtschaftlicher Isolation zu Zeiten des Milosevic-Regimes. Das Nettodurchschnittseinkommen liegt bei 260 Euro monatlich. Die makroökonomische Stabilität des Landes bleibt insgesamt gewährleistet. Die Inflation sank deutlich von 17,7 Prozent 2005 auf 6,6 Prozent 2006. Allerdings war das Wachstum in den zurückliegenden Jahren nicht zufriedenstellend: das BIP-Wachstum sank von 6,5 Prozent im Jahr 2005 auf 5,8 Prozent 2006. Die Infrastruktur und die industrielle Basis sind nach sanktionsbedingter Isolation nur mit hohen Investitionen wiederherzustellen. Die Regierung versucht, die Rahmenbedingungen für ein verbessertes Investitionsklima zu schaffen. Transitionsprozess und Reformpolitik haben allerdings auch soziale Ungleichheit, massive Einkommensunterschiede und eine hohe Arbeitslosigkeit zur Folge.



Integrated Regional Development Programme

Die OEZA unterstützt das *Integrated Regional Development Programme*, ein auf fünf Jahre ausgelegtes wirtschaftliches Regionalentwicklungsprogramm, der Provinzregierung der Vojvodina über einen Zeitraum von drei Jahren. Das österreichische Engagement zielt auf die Schaffung von Arbeitsplätzen (KMU-Komponenten) und die strukturelle Verbesserung des Arbeitsmarktes ab (Qualifizierungsmaßnahmen). Die OEZA nimmt eine Vorreiterrolle ein: Dringend nötige regionale Planungs- und Umsetzungskapazitäten im Hinblick auf das ab 2007 startende *Instrument for Preaccession Assistance* der Europäischen Kommission werden geschaffen.



OEZA UND BILATERALE ODA ÖSTERREICHS AN SERBIEN UND MONTENEGRO 2002–2005, BZW. AN SERBIEN 2006

Netto-Auszahlungen in Mio. Euro

ODA Flüsse für Serbien und Montenegro werden im System der DAC-Statistik ab 2006, dem Jahr der Unabhängigkeit Montenegros, getrennt erfasst. Zur besseren Vergleichbarkeit werden die Auszahlungen 2006 in der Zeitreihe den gemeinsamen Auszahlungen an Serbien und Montenegro 2002–2005 gegenübergestellt.

In der Zeitreihe der bilateralen Gesamt-ODA gibt es mit dem Jahr 2006 einen Bruch, da Aufwendungen für AsylwerberInnen ab der Statistik 2006 nicht mehr dem Herkunftsland der AsylwerberInnen zugerechnet sondern unter Kosten im Geberland subsummiert werden.

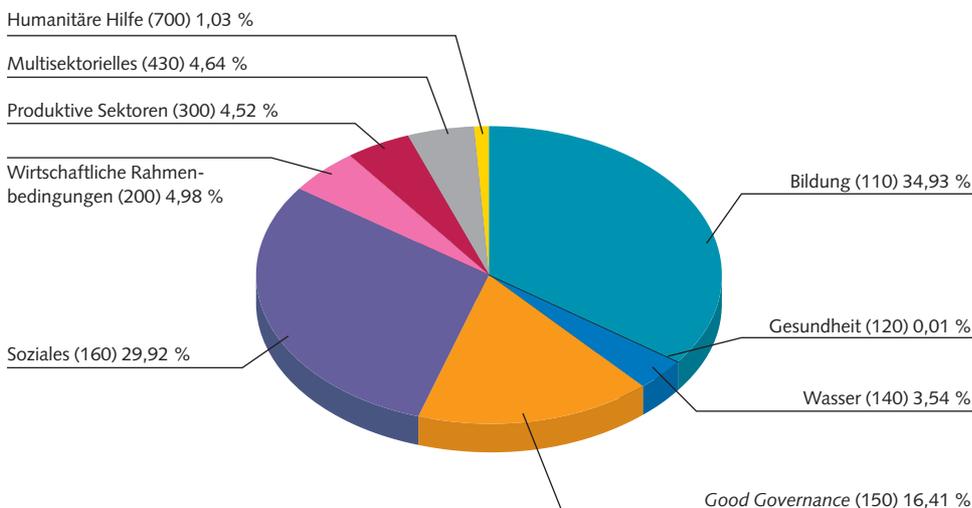
Öffentliche Entwicklungshilfeleistungen

- ODA Österreichs an Serbien 2006: 44,03 Mio. Euro
- OEZA (PPH) an Serbien 2006: 6,80 Mio. Euro

ODA Österreichs an Serbien (inkl. Kosovo) in Mio. Euro

	2006
bilaterale ODA gesamt in Mio. Euro an Serbien	44,03
in % der bilateralen Gesamt-ODA	5,06
OEZA an Serbien in Mio. Euro	6,80
OEZA an Serbien in % der ges. OEZA-Leistungen (ODA)	7,17

Sektorielle Verteilung der OEZA an Serbien (inkl. Kosovo) 2006



SEKTORIELLE VERTEILUNG DER OEZA AN SERBIEN (INKL. KOSOVO) 2006

„Wirtschaftliche Rahmenbedingungen“ enthält für Serbien Leistungen im Sektor „Kommunikation“ sowie „Förderung der Rahmenbedingungen des Privatsektors“. „Produktive Sektoren“ enthält Leistungen im Sektor „Forstwirtschaft“ sowie „Industrie/Gewerbe“.



MONTENEGRO



Basisdaten°

Staatsform:	Republik
Staatsoberhaupt:	Filip Vujanovic
Regierungschef:	Milo Djukanovic
Außenminister:	Miodrag Vlahovic
Fläche*:	102.200 km ²
Bevölkerung**:	10,5 Mio.
Bevölkerungswachstum**:	0,5 %
Lebenserwartung**:	Frauen: 75,8 Jahre; Männer: 71,1 Jahre
Alphabetisierung**:	Frauen: 94,1 %; Männer: 98,9 %
HDI (Human Development Index)**:	Nicht verfügbar
GDI (Gender-related Development Index)**:	Nicht verfügbar
BIP*:	26,2 Mrd. USD
Jährliches Wachstum des BIP*:	4,7
BNE*:	26,3 Mrd. USD
BNE pro Kopf*:	3.220 USD
Armut**:	Nicht verfügbar
Bevölkerung mit Zugang zu sauberem Wasser**:	93 %

* Weltbank: World Development Indicators Database April 2007

** UNDP: Human Development Report 2006

° Die Angaben zur Fläche und die statistischen Daten beziehen sich noch auf Serbien (inkl. Kosovo) und Montenegro zusammen. Bis dato liegen noch keine gesonderten Angaben vor

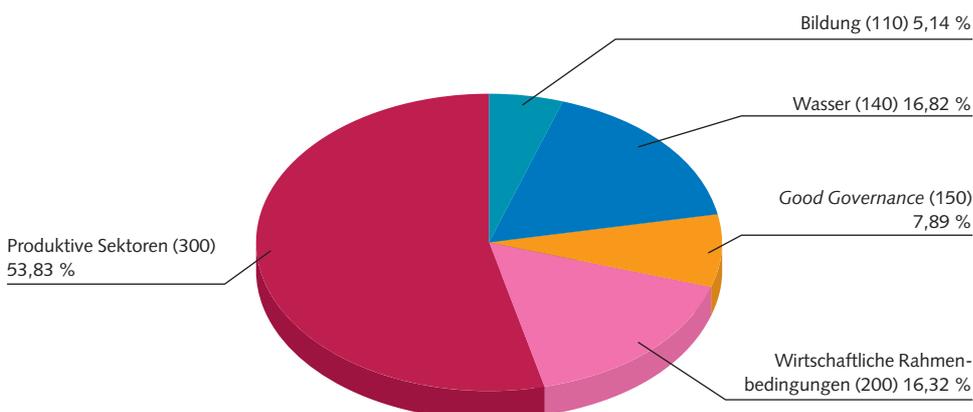


Entwicklungspolitik im Kontext

2006 stand für Montenegro im Zeichen der Unabhängigkeitsbestrebungen der Regierung, die schließlich im Mai in einem Referendum mündeten. Am 3. Juni erklärte das Land seine Unabhängigkeit. Am 21. Juni wurde Montenegro in die OSZE, am 28. Juni 2006 als 192. Mitglied in die Vereinten Nationen aufgenommen. Montenegro steht vor der Herausforderung, sich als neuer europäisch orientierter Staat zu etablieren und sein gesamtes diplomatisches Vertretungsnetz inklusive aller notwendigen in- und ausländischen Institutionen aufzubauen. Seit der Loslösung Montenegros aus dem Staatenbund mit Serbien ist das erklärte politische Ziel die EU Integration und – nach der gesellschaftspolitisch gespannten Phase des Unabhängigkeitsprozesses – die innere Konsolidierung der Gesellschaft.

Schwerpunkte der Zusammenarbeit

- Wirtschaft und Beschäftigung
- Bildung
- Regional- und Tourismusentwicklung
(Nationalpark Bjelasica, Skutari See, Tourismusschulen, Finanzierung von KMU-Krediten)



SEKTORIELLE VERTEILUNG DER OEZA AN MONTENEGRO 2006

„Wirtschaftliche Rahmenbedingungen“ enthält für Montenegro zur Gänze Leistungen im Sektor „Energie“. „Produktive Sektoren“ enthält in erster Linie Leistungen im Sektor „Tourismus“ sowie in geringerem Umfang „Industrie/Gewerbe“.

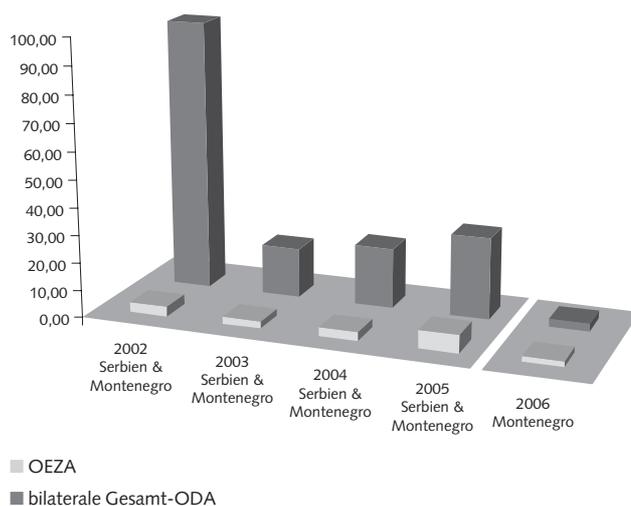
Sektor KMU-Förderung

In Montenegro ist die Unterstützung von KMU durch die Schaffung von Zugang zu Mikrokrediten schon seit Jahren ein wichtiger Ansatzpunkt der OEZA. Zielgruppe sind sowohl KMU aus dem landwirtschaftlichen Bereich als auch Gewerbe- und Tourismusbetriebe. Zusätzliche Unterstützung erfahren KMU im Tourismus durch Maßnahmen der Modernisierung des Berufsschulwesens.



Fonds

Mit dem Start des *European Fund for South East Europe* konnten die bisher eher isolierten Bemühungen der Geber (EU, Deutschland, Schweiz und Österreich) gebündelt und mit privaten Geldern verstärkt werden. Der *European Fund for South East Europe* gilt als das größte Instrument zur Finanzierung von Mikrofinanzinstituten. Das Interesse privater Investoren ist anhaltend groß, wodurch das Kreditportfolio der Partnerinstitutionen weiter verbreitert und diversifiziert werden kann. In Montenegro hat sich 2006 das Volumen des Portfolios mehr als verdoppelt. Es werden derzeit fünf Partnerinstitutionen unterstützt, wobei vor allem versucht wird, die ländliche und bäuerliche Bevölkerung zu erreichen. Ein einzigartiges Charakteristikum des Fonds ist die Bereitstellung von nicht-finanziellen Dienstleistungen. Die *Development Facility* finanziert sich aus den Einnahmen des Fonds. Dadurch sind Mittel für Training und Beratung und für Organisationsentwicklung von Partnerinstitutionen, aber auch für Machbarkeitsstudien vorhanden. Die Beratungsaufträge werden an unabhängige Experten vergeben. So wurden zum Beispiel Agrolinvest in Montenegro bei der Einführung eines neuen Produkts unterstützt, andere Partnerinstitutionen im Bereich Risikomanagement beraten oder die Effizienz des Kreditvergabesystems verbessert.



OEZA UND BILATERALE ODA ÖSTERREICHS AN SERBIEN UND MONTENEGRO 2002–2005, BZW. AN MONTENEGRO 2006

Netto-Auszahlungen in Mio. Euro

ODA Flüsse für Serbien und Montenegro werden im System der DAC-Statistik ab 2006, dem Jahr der Unabhängigkeit Montenegros, getrennt erfasst. Zur besseren Vergleichbarkeit werden die Auszahlungen 2006 in der Zeitreihe den gemeinsamen Auszahlungen an Serbien und Montenegro 2002–2005 gegenübergestellt.

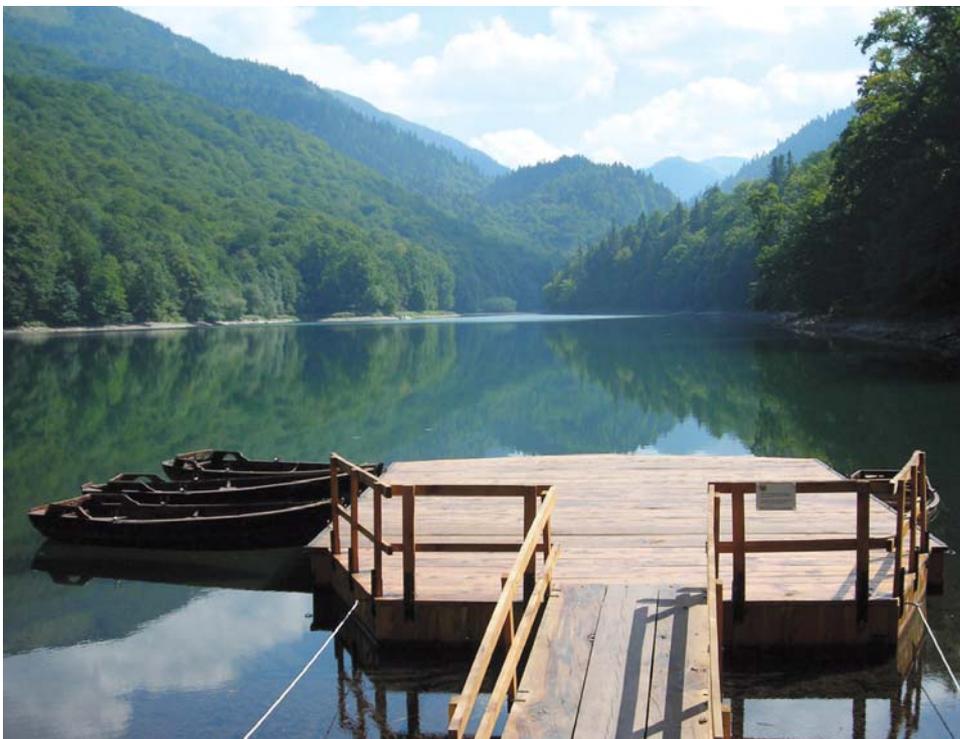
In der Zeitreihe der bilateralen Gesamt-ODA gibt es mit dem Jahr 2006 einen Bruch, da Aufwendungen für AsylwerberInnen ab der Statistik 2006 nicht mehr dem Herkunftsland der AsylwerberInnen zugerechnet sondern unter Kosten im Geberland subsumiert werden.

Öffentliche Entwicklungshilfeleistungen

- ODA Österreichs an Montenegro 2006: 2,66 Mio. Euro
- OEZA (OZA, PPH) an Montenegro 2006: 1,84 Mio. Euro

ODA Österreichs an Montenegro in Mio. Euro

	2006
bilaterale ODA gesamt in Mio. Euro an Montenegro	2,66
in % der bilateralen Gesamt-ODA	0,31
OEZA an Montenegro in Mio. Euro	1,84
OEZA an Montenegro in % der ges. OEZA-Leistungen (ODA)	1,94



MOLDAU



Basisdaten

Unabhängigkeit:	27. August 1991 (von der UdSSR)
Staatsform:	Republik
Staatsoberhaupt:	Vladimir Voronin
Regierungschef:	Vasile Tarlev
Außenminister:	Andrei Stratan
Fläche*:	33.840 km ²
Bevölkerung**:	4,2 Mio.
Bevölkerungswachstum**:	0,3 %
Lebenserwartung**:	Frauen: 71,7 Jahre; Männer: 64,4 Jahre
Alphabetisierung**:	Frauen: 97,7 %; Männer: 99,1 %
HDI (Human Development Index)**:	0,694; 115. Stelle von 177
GDI (Gender-related Development Index)**:	0,692; 85. Stelle von 136
BIP*:	2,9 Mrd. USD
Jährliches Wachstum des BIP*:	7,1 %
BNE*:	3,2 Mrd. USD
BNE pro Kopf*:	930 USD
Armut**:	48,5 %
Bevölkerung mit Zugang zu sauberem Wasser**:	92 %

* Weltbank: World Development Indicators Database 2007

** UNDP: Human Development Report 2006

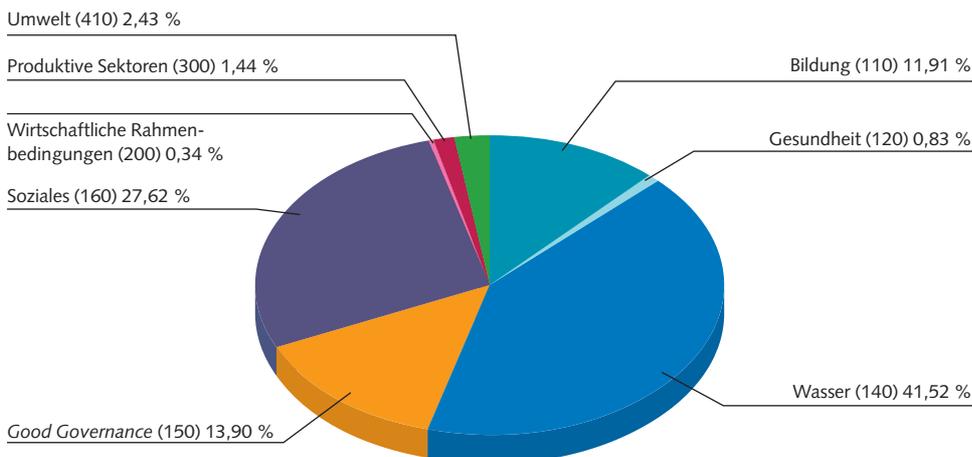


Entwicklungspolitik im Kontext

Die Republik Moldau gilt immer noch als das ärmste Land Europas mit einem BIP von 860 US-Dollar (2005) pro Kopf. Nicht offiziellen Angaben zufolge haben ca. 1 Million EinwohnerInnen das Land vorläufig oder für immer verlassen, auf der Suche nach einem besseren Leben und gut bezahlter Arbeit. Daher ist Moldau in hohem Maß abhängig von den Überweisungen durch Arbeitskräfte aus dem Ausland (30 Prozent des BIP). Der bestehende und nach wie vor ungelöste Konflikt mit der Transnistrischen Republik prägt die Entwicklung des Landes und des Investitionsklimas im Besonderen weiterhin negativ. Die Republik Moldau ist seit 2004 Schwerpunktland der OEZA.

Schwerpunkte der Zusammenarbeit

- Wasser/Abwasser
- Wirtschaft und Beschäftigung mit Fokus Berufsbildung
(Schnittstelle Berufsbildung, berufliche Weiterbildung und Arbeitsmarkt)



SEKTORIELLE VERTEILUNG DER OEZA AN MOLDAU 2006

„Wirtschaftliche Rahmenbedingungen“ enthält für Moldau zur Gänze Leistungen im Sektor „Energie“.
„Produktive Sektoren“ enthält Leistungen im Sektor „Landwirtschaft“.

Sektor Trinkwasserversorgung

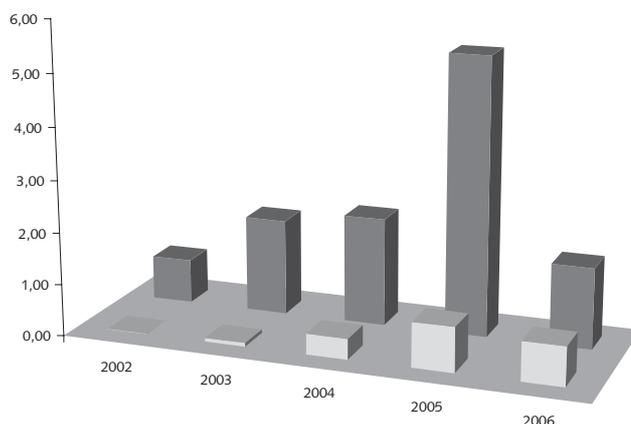
Der Zugang zu sauberem Trinkwasser ist ausschlaggebend für die Bevölkerung, aber auch für die Entwicklung der Industrie und der Wirtschaft. Nur 43 Prozent der städtischen und 40 Prozent der ländlichen Bevölkerung haben Zugang zu fließendem Wasser. Österreich ist neben der Schweiz der einzige Geber in Moldau, der im Sektor Wasser/Abwasser im Infrastrukturbereich operiert und auf Grant-Basis tätig ist. Um die Sichtbarkeit und die Effizienz der geleisteten Förderungen zu optimieren, kooperiert die OEZA in Moldau in diesem Bereich sehr eng mit dem Büro der Schweizer Entwicklungsagentur (DEZA).

2007 prüft die Regierung Moldaus einen Strategieentwurf der Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung für die Jahre 2008–2012 mit Zeithorizont bis einschließlich 2025. Während der ersten Phase ist vorgesehen, 231 Ortschaften mit einer Gesamtbevölkerung von 2,2 Millionen (60 Prozent der Bevölkerung Moldaus) mit Wasser-/Abwassersystemen zu versehen. Insgesamt werden ca. 44 Millionen Euro an Investitionen im städtischen Raum für mittelfristige Ziele und ca. 340 Millionen Euro für langfristige Ziele im ländlichen Raum erforderlich sein.



Wasserversorgungsanlage für Carpineni

Seit 2005 implementiert die Schweizer Entwicklungsagentur Wasserprojekte in der Region Hincesti mit Kofinanzierung der OEZA. Die Kooperation hat einerseits verbesserte sanitäre Bedingungen (außerhalb der Hauptstadt) in Zentralmoldau zum Ziel und andererseits soll die Anzahl der Gemeinden, die im WatSan-Programm betreut werden können, erhöht werden. Um die Anlage auch nach der Beendigung des Projekts effizient und kostendeckend zu betreiben, wurde in der Gemeinde ein Wasserverbraucherverein gegründet, der unter anderem für die Fakturierung, Gebühreneinhebung, das Monitoring der Wasserqualität, Wartung und Reparaturen der Anlage zuständig ist. Die Anlage wurde im Oktober 2006 in Betrieb gesetzt. Individuelle Zähler und ein leistbarer Preis für die Bevölkerung sichern die Nachhaltigkeit und die Selbstfinanzierung der Anlage. Im Rahmen des Projekts konnten insgesamt 509 Hausanschlüsse in den Vierteln Gagarin und Satul Nou errichtet werden, dazu zählen auch der Anschluss eines Spitals mit 120 Betten, eines Internats mit 500 Kindern und eines Gymnasiums mit 412 SchülerInnen. Es wurden 19 km Wasserleitungen, ein 100 m³ Wasserbehälter und ein 28 m hoher Wasserturm errichtet.



OEZA UND BILATERALE ODA ÖSTERREICHS AN MOLDAU

Netto-Auszahlungen in Mio. Euro

In der Zeitreihe der bilateralen Gesamt-ODA gibt es mit dem Jahr 2006 einen Bruch, da Aufwendungen für AsylwerberInnen ab der Statistik 2006 nicht mehr dem Herkunftsland der AsylwerberInnen zugerechnet, sondern unter Kosten im Geberland subsummiert werden.

- OEZA an Moldau
- bilaterale Gesamt-ODA an Moldau

Öffentliche Entwicklungshilfeleistungen

- ODA Österreichs an Moldau 1997–2006: 2,10 Mio. Euro
- OEZA (PPH) an Moldau 1997–2006: 12,15 Mio. Euro

ODA Österreichs an Moldau in Mio. Euro

	2002	2003	2004	2005	2006
ODA gesamt in Mio.Euro an Moldau	0,85	1,85	2,08	5,35	1,56
in % der bilateralen ODA	0,22	0,92	0,73	0,54	0,18
OEZA an Moldau in Mio. Euro	0,01	0,07	0,40	0,86	0,76
OEZA an Moldau in % der ges. OEZA Leistungen (ODA)	0,01	0,10	0,55	1,02	0,80

Internationale ODA an Moldau

	2003	2004	2005
erhaltene ODA gesamt netto (in Mio. USD)	118	120	192
in % des BNE	5,3	4,1	5,8
davon ODA Österreichs (in Mio. USD)	2,1	2,6	6,7

* Quelle: OECD: Aid at a glance, aid chart Moldova (www.oecd.org) und OEZA-Statistik
Die Angaben von OECD entsprechen dem Stand August 2007 und ersetzen früher publizierte Werte.

ODA an Moldau: Hauptgeber in Mio. USD*

Durchschnitt 2004–2005

Vereinigte Staaten	32
Europäische Kommission	25
IDA	21
Frankreich	15
Schweden	8

* Quelle: OECD: Aid at a glance, aid chart Moldova (www.oecd.org)







Schwerpunktregion Südkaucasus

Die Region Südkaucasus umfasst die Staaten Armenien, Aserbaidschan und Georgien. Alle drei Staaten erlangten ihre Unabhängigkeit mit dem Zerfall der Sowjetunion 1991 und haben infolge mit großen sozialen und wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen. Der Südkaucasus ist die ethnisch und sprachlich vielfältigste Region Europas und als solche von einer Reihe von ungelösten territorialen Konflikten geprägt.

Oberstes Ziel der anlaufenden Kooperation der OEZA mit der Region ist die langfristige Friedenssicherung in der Region. Programme und Projekte der OEZA werden vor allem in den Bereichen Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und menschlichen Sicherheit, Stärkung der lokalen Zivilgesellschaft sowie Konfliktprävention und Konfliktlösung durchgeführt. Die OEZA-Ost verfolgt auch hier einen regionalen Ansatz und arbeitet eng mit multilateralen Partnern und zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammen.